

# AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 100  
Dezember 2019

WIR  
SIND  
DRAN!

**JUNG  
UND UNGEBREMST**

AMNESTY  
INTERNATIONAL



# EINLADUNG ZUR JAHRESVERSAMMLUNG 2020

Die Jahres- und Generalversammlung (GV) 2020 findet am 2. und 3. Mai 2020 im Weltpostverein in Bern statt.

Die Anmeldung ist ab Februar 2020 und bis am 22. März 2020 möglich.

Alle weiteren Informationen:  
[www.amnesty.ch/gv](http://www.amnesty.ch/gv)

«Wie werden die Menschenrechte durch die Klimakrise beeinflusst? Welche Rolle nehmen der Staat, die Konzerne und die Zivilgesellschaft dabei ein?» Diesen und weiteren Fragen widmet sich die Jahres- und Generalversammlung der Schweizer Sektion von Amnesty International 2020.

An einer Podiumsdiskussion werden FachexpertInnen aktuelle und zukünftige Probleme in Zusammenhang mit der Klimakrise und den Menschenrechten diskutieren. Bringen auch Sie Ihre Meinung ein und nehmen Sie an spannenden Workshops und einer emotionalen Aktion teil!  
Zur öffentlichen Podiumsdiskussion sind alle herzlich eingeladen. Werden Sie heute noch Mitglied, um an der Generalversammlung abstimmen zu können.

## WIE DIE KLIMAKRISE DIE MENSCHENRECHTE BEEINFLUSST



### Engagieren Sie sich im Vorstand von Amnesty Schweiz!

Wenn Sie Lust haben, Amnesty Schweiz mitzugestalten, gut Französisch und Deutsch verstehen, sich während etwa 200 Stunden pro Jahr engagieren können und bereits Mitglied sind, dann freuen wir uns über Ihr E-Mail. Wir suchen insbesondere Personen mit Interesse und Kompetenzen für die Finanzen der Sektion.

Bitte melden Sie sich bis Mitte Januar 2020 via [info@amnesty.ch](mailto:info@amnesty.ch).



**Titelbild**  
Das Graffiti hat der Künstler Jadore Tong in Berlin gesprayt. Auf dem Titelbild sind junge Mitglieder von Amnesty Deutschland zu sehen.  
© Sarah Eick

## — AKTUELL

- 4 **Good News**
- 6 **Aktuell: Die Hundertste**
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**  
Ja zum Schutz vor Hass und Hetze

## — DOSSIER

### Jugendliche



- 10 **Wir sind dran**
- 12 **Sie tun was**  
Porträts von drei jungen Menschen aus der Schweiz, die sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen.
- 15 **Das ist erst der Anfang**  
Jugendliche wollen mitbestimmen.
- 16 **Haft fürs Helfen**  
Sarahardini und Seán Binder droht Gefängnis für ihre Menschlichkeit.
- 18 **Das Aufbegehren der Jugend**  
In afrikanischen Ländern wehren sich Junge gegen alte Eliten.

- 20 **«Ständig werden neue Generationen erfunden»**  
Interview mit dem Historiker und Experten für Jugendkultur Bodo Mrozek.
- 22 **Getrennte Welten in Belfast**  
Fotoessay von Toby Binder über die Sorgen Jugendlicher in Belfast.
- 26 **Bleiben oder gehen**  
30 Jahre nach dem Mauerfall engagieren sich junge Menschen in Ostdeutschland gegen Rechtsextreme.
- 28 **Was besser werden muss**  
Fünf Fakten zu Menschenrechtsverletzungen, unter welchen Minderjährige leiden.
- 30 **Wissen ist Leben**  
Die Jugend Brasiliens geht für ihr Recht auf Bildung auf die Strasse.
- 32 **«Wir haben so viel Energie»**  
Drei AktivistInnen aus der Schweiz, Deutschland und Österreich erzählen, was sie motiviert.

## — KULTUR

- 35 **Film**  
**Den Blick weiten**
- 36 **Buch**  
**Eine Jugend in Guantánamo**

## — CARTE BLANCHE

- 37 **Charles Nguela**  
Mehr Fluch als Segen

**Impressum:** «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 100, Dezember 2019. **Redaktion:** Carole Scheidegger (cas, verantw.), Manuela Reimann Graf (mre). **MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Markus Bickel, Toby Binder, Nadia Boehlen, Lea De Gregorio, Franziska Grillmeier, Hannah El-Hitami, Emilie Mathys, Anna Monsberger, Charles Nguela, Reto Rufer, Bettina Rühl, Andrzej Rybak, Felix Wellisch. **Korrektorat:** Doris Yannick Héritier, Bern. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter [issuu.com/magazin-amnesty-schweiz](http://issuu.com/magazin-amnesty-schweiz) gelesen werden. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 17. Januar 2020. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). **Redaktionsadresse:** Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: [info@amnesty.ch](mailto:info@amnesty.ch). **Auflage:** 84 000 (dt.).



**Beschwingt und zuversichtlich: So fühle ich mich regelmässig nach Begegnungen mit jungen Amnesty-Mitgliedern. Sie stellen in ihrer Freizeit neben Schule, Lehre oder Studium Aktionen auf die Beine, sie sammeln Unterschriften oder**

**veranstalten Konzerte. Wie gewissenhaft sie das tun und wie reflektiert sie sind, beeindruckt mich. Die Aktivistinnen und Aktivisten von Amnesty Youth sind solidarisch mit Menschen, die vielleicht auf der anderen Seite des Erdballs leben, deren Schicksal ihnen aber nahegeht. Seit Greta Thunbergs Schulstreik engagieren sich viele von ihnen zusätzlich für den Klimaschutz. Ich finde es nicht fair, wie rasch bei der «Klimajugend» nach Fehlern gesucht wird: Haben sie Abfall an einem Festival liegen lassen? Nehmen sie nicht vielleicht doch noch ab und zu den Flieger? Schliesslich haben nicht die Jungen die Klimaprobleme verursacht. Warum sollten sie die Suppe nun allein auslöffeln? Viele Jugendliche haben zudem durchaus persönliche Konsequenzen gezogen. In diesem Magazin, das wir gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen in Deutschland und Österreich realisiert haben, berichten wir vom Einsatz junger Menschen an verschiedenen Orten der Erde. Wir verschweigen auch die Gefahren nicht, denen sie begegnen. Ich hoffe, dass wir Sie trotzdem mit dem Optimismus anstecken können, den diese jungen Leute bei mir wecken.**

**Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und einen schönen Jahreswechsel.**

**Carole Scheidegger**, verantwortliche Redaktorin

# G O O

## **Evelyn Hernández freigesprochen**

**EL SALVADOR** – Evelyn Hernández wurde drei Jahre nach Antritt ihrer Haftstrafe vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Nachdem die junge Frau am 6. April 2016 zu Hause ohnmächtig geworden war, wurde sie ins Krankenhaus gebracht, wo sie eine Fehlgeburt erlitt. Evelyn Hernández gab später an, dass sie durch eine Vergewaltigung schwanger geworden sei. Aus Angst vor möglichen Konsequenzen habe sie die Vergewaltigung nicht zur Anzeige gebracht. Das Krankenhauspersonal meldete Evelyn Hernández bei der Polizei. Sie wurde festgenommen und später wegen Mordes zu 30 Jahren Haft verurteilt. 2018 hob ein höheres Gericht das Urteil auf und ordnete eine Neuverhandlung an. Am 19. August 2019 wurde die inzwischen 21-Jährige von der Anklage wegen Mordes freigesprochen.



**Evelyn Hernández** (links) und ihre Anwältin nach dem Freispruch.

## **Ahmed H. endlich bei seiner Familie**

**UNGARN/ZYPERN** – Ahmed H. durfte endlich nach Zypern reisen und seine Familie wiedersehen, nachdem er fast vier Jahre von seiner zypriotischen Frau und seinen beiden Töchtern getrennt war. Im September 2015 war der syrische Flüchtling nach einer Auseinandersetzung mit Polizeikräften an der Grenze in Ungarn inhaftiert worden. In einem skandalösen Prozess wurde er zu zehn Jahren Haft wegen «Mittäterschaft bei einer terroristischen Handlung» verurteilt. Am 19. Januar 2019 wurde er unter Auflagen freigelassen und seither in einer ungarischen Hafteinrichtung für Asylsuchende festgehalten.

Ihm drohte die Abschiebung nach Syrien, denn zunächst hatten es die zypriotischen Behörden abgelehnt, ihm die Wiedereinreise nach Zypern zu gestatten.

## **Keine Abschiebung**

**USA** – Die Transgender-Aktivistin Alejandra Barrera suchte 2017 in den USA Schutz vor tätlichen und sexualisierten Angriffen in ihrem Heimatland El Salvador. Kurz nach ihrer Ankunft kam sie in Abschiebehaft und wurde dort bis zum 6. September 2019 festgehalten, obwohl die Gesundheitsversorgung nicht ausreichend war und sie fünf Anträge auf eine Freilassung aus humanitären Gründen gestellt hatte. Das Gericht ordnete nun einen Abschiebestopp an.

# D N E W S



© paparaza / shutterstock.com

**Oleg Sentsov und seine Tochter** nach seiner Freilassung.

## Oleg Sentsov freigelassen

**RUSSLAND** – Der ukrainische Regisseur Oleg Sentsov kam Anfang September im Rahmen eines Gefangenenaustauschs frei. Sentsov war im Mai 2014 auf der Krim festgenommen und nach Russland gebracht worden,

nachdem er friedlich gegen die Annexion der Krim durch die Russische Föderation protestiert hatte. Er wurde am 25. August 2015 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Prozess gegen ihn war in vielfacher Hinsicht unfair. Seine Strafe musste er in einem Straflager verbüßen. Während der Haft trat er in einen Hungerstreik, den er nur knapp überlebte. Mit ihm zusammen wurde auch der Student und Aktivist Aleksandr Kolchenko freigelassen.

## Kritische Journalistin begnadigt

**MAROKKO** – Die Journalistin Hajar Raissouni, die wegen eines angeblichen illegalen Schwangerschaftsabbruchs und ausserehelichem Geschlechtsverkehr zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, wurde von König Mohammed VI. begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen. Die 28-Jährige hatte den Vorwurf,

sie habe einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, immer bestritten. Ihre Verhaftung habe vielmehr mit ihren kritischen Artikeln zu tun, sagte Raissouni bei ihrer Verurteilung im September. Raissounis Fall hatte in Marokko und im Ausland Empörung ausgelöst. Der Verlobte der 28-Jährigen und ihr Gynäkologe wurden ebenfalls freigelassen. Ihnen wurde vorgeworfen, ihr geholfen zu haben.



© Private

**Hajar Raissouni wurde begnadigt,** was allerdings nicht einem Freispruch gleichkommt.

## Mehr als 30 000 Unterschriften gegen sexuelle Gewalt

**SCHWEIZ** – Diesen Frühling lancierte Amnesty Schweiz eine Kampagne gegen sexuelle Gewalt. Eine Umfrage in Zusammenarbeit mit dem Institut gfs.bern hatte gezeigt, dass in der Schweiz jede fünfte Frau mindestens einmal in ihrem Leben ungewollte sexuelle Handlungen erlebt hatte, 12 Prozent gaben an, Geschlechtsverkehr gegen den eigenen Willen erlitten zu haben (siehe dazu auch das AMNESTY-Magazin vom Juni 2019). Mit einer Petition fordert Amnesty die Schweizer Behörden auf, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um Frauen besser vor sexueller Gewalt zu schützen und Gerechtigkeit für die Opfer zu erlangen. Nun konnten am 28. November mehr als 30 000 Unterschriften an Bundes-

rätin Karin Keller-Sutter übergeben werden.



**Erst Ja, dann ahh**

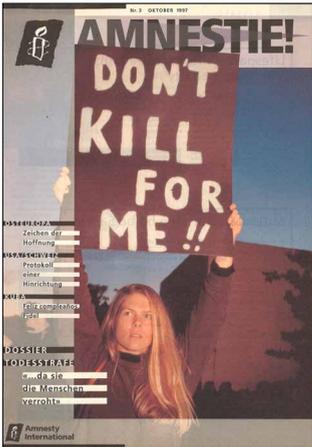
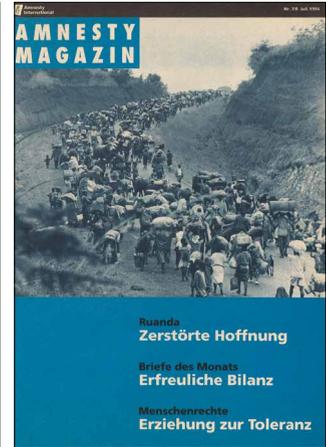
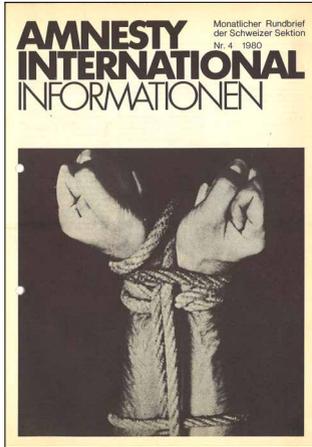
**Mit vier kurzen, aufsehenerregenden Spots** von Regisseurin Barbara Miller (#Female Pleasure) lancierte Amnesty die zweite Phase der Kampagne, um zu verdeutlichen, dass ein Ja vor dem Sex absolut notwendig ist.

## IN KÜRZE

**MAURETANIEN** – Das Verfahren gegen die beiden Blogger Cheikh Jiddou und Abderrahmane Weddady wurde im Juli eingestellt. Die beiden waren im März in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott festgenommen worden. Sie hatten auf Facebook Kommentare gepostet, in denen sie Regierungsvertretern vorwarfen, rechtswidrig Vermögen angehäuft und ins Ausland gebracht zu haben.

**ARGENTINIEN** – Am 2. Februar 2019 wurde die peruanische Staatsbürgerin Vanessa Gómez Cueva mit ihrem zweijährigen Kind aus Argentinien abgeschoben, wo sie über 15 Jahre gelebt hatte. Ihre beiden anderen Kinder, die die argentinische Staatsbürgerschaft haben, musste Gómez Cueva zurücklassen. Nach einer Grundsatzentscheidung des Nationalen Migrationsamts dürfen sie und ihr Sohn nun nach Argentinien zurückkehren.

**TUNESIEN** – Am 19. September sprach ein tunesisches Gericht die 18-jährige Aktivistin Maissa al-Oueslati von allen Anklagepunkten frei. Die Polizei hatte Maissa al-Oueslati und ihren 16 Jahre alten Bruder willkürlich inhaftiert, weil sie einen Protestierenden gefilmt hatten, der sich vor einer Polizeiwache in Brand setzen wollte. Aufgrund der konstruierten Vorwürfe hätte sie zu vier Jahren Haft verurteilt werden können.



Sie halten die hundertste Ausgabe von «AMNESTY – MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE» in Händen. Wobei: Tatsächlich hat Amnesty Schweiz schon deutlich mehr Magazine herausgegeben. Doch im Juni 1997, bei einem Layout- und Konzeptwechsel, stieg man auch auf eine neue Nummerierung um. Und seither sind mit dieser Ausgabe 100 Magazine erschienen. Die runde Zahl ist Anlass für einen herzlichen Dank an Sie, unsere Leser und Leserinnen, für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung. Und wir danken all jenen, die über die Jahre zum AMNESTY-Magazin und seinen Vorläufern beigetragen haben, sei es als Freiwillige oder als Angestellte. Mit dabei ist seit 1979 unser Grafiker Oliver Lütolf, ein paar Jahre später stiess Cordula Müller dazu. Sie geben unserem Heft seine Gestalt. Wir freuen uns auf die nächsten Hundert!



**Mit Waffen aus dem Westen** versorgen die Vereinigten Arabischen Emirate jemenitische Milizen, denen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

### Waffenhandel I

**JEMEN** – Ein von Amnesty International veröffentlichter Bericht zeigt, wie führende Rüstungsunternehmen in Kauf nehmen, dass mit ihren Waffen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, indem sie ihre Produkte in einige der unsichersten und gewaltreichsten Regionen der Welt liefern. So werden Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die am Jemen-Krieg beteiligt sind, durch Waffenlieferungen unterstützt, obwohl sie mutmasslich für eine Vielzahl an Kriegsverbrechen in dem Konfliktgebiet verantwortlich sind. Für den Bericht hat Amnesty International 22 Rüstungsunternehmen dazu befragt, wie sie ihrer Verantwortung zur Wahrung der Menschenrechte nach international anerkannten Standards nachkommen. Keines der antwortenden Unternehmen konnte hinreichend erklären, wie es seiner Verantwortung für die Menschenrechte nachkommt, oder eine angemessene Sorgfaltspflicht nachweisen; 14 Unternehmen reagierten überhaupt nicht. Schweizer Firmen wurden in der Untersuchung nicht befragt.

### Waffenhandel II

**SCHWEIZ** – Die Schweiz hat in den ersten 9 Monaten dieses Jahres Kriegsmaterial im Wert von fast einer halben Milliarde Franken exportiert. Das sind beinahe 200 Millionen Franken mehr als in der Vorjahresperiode und entspricht somit einer Steigerung um 60 Prozent. Die grössten Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial waren Dänemark und Deutschland. Es wurden auch wieder Waffen in Länder verkauft, in welchen die Menschenrechte massiv verletzt werden, so nach

Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate. Exportiert wurde auch nach Brasilien, Malaysia, Bahrain und Pakistan.

### Konzernverantwortung: Es geht nicht vorwärts

**SCHWEIZ** – Der Ständerat hat sich bis Redaktionsschluss immer noch nicht zum Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative geäussert. Am 26. September folgte er mit 24 zu 20 Stimmen einem Ordnungsantrag von Ruedi Noser, der eine Vertagung

der Diskussion forderte. Der Vorwand? Es sei notwendig, sich vertieft mit dem Vorschlag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter zu befassen, der sich auf eine minimale Berichterstattungspflicht von Unternehmen über die Folgen ihres Wirtschaftens für Menschenrechte und Umwelt beschränkt. Dieses Manöver verhinderte, dass sich die StänderätInnen vor den Wahlen zu diesem Thema äussern mussten. Der Protestbrief der Koalition hinter der Konzernverantwortungsinitiative brachte in nur 2 Tagen mehr als 50 000 Unterschriften zusammen, konnte die Verschiebung aber nicht verhindern.

### Opfer des «Kampfs gegen Drogen»

**BANGLADESCH** – Die Behörden von Bangladesch haben allem Anschein nach mehrere Hundert Menschen unter dem Deckmantel des «Kampfs gegen Drogen» getötet, wie Untersuchungen von Amnesty International ergeben haben. 2018 wurden dreimal so viele Menschen getötet wie im Jahr zuvor. Zu den Vorwürfen im Zusammenhang mit den mutmasslichen aussergerichtlichen Hinrichtungen zählen ausserdem Fälle von Verschwindenlassen und das Fälschen von belastendem Beweismaterial durch die Strafverfolgungsbehörden.



**Die überwiegend dem Christentum angehörende ethnische Gruppe der Kachin** lebt zum Teil seit vielen Jahren als intern Vertriebene in Flüchtlingscamps in Myanmar, wie diese Frau und ihre Kinder.

### Angriffe gegen Minderheiten

**MYANMAR** – Die myanmarische Armee geht weiter brutal gegen ethnische Minderheiten vor: Recherchen von Amnesty im März und im August dokumentieren gravierende Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten gegen Angehörige der Kachin, Lisu, Shan und Ta'ang im Norden Myanmars. Zivilpersonen werden willkürlich von Strafverfolgungsbehörden verhaftet, inhaftiert und gefoltert. Die Vorwürfe betreffen dieselbe Militäreinheit wie bereits 2017 im Fall der Rohingya.



**Im Flüchtlingslager Moria** fehlt es an allem, auch an Zelten und Decken. Dabei können die Winter hier sehr kalt und nass sein, wie der Winter 2017 zeigte.

### Die Schande Europas

**GRIECHENLAND** – Im überfüllten Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist am 29. September ein Feuer ausgebrochen, bei dem eine Frau ums Leben kam. Mehr als 12000 Menschen müssen in diesem Lager leben, das für 3000 Menschen ausgelegt ist. Es kam bereits zuvor zu Bränden. Die Behörden können also nicht leugnen, dass diese Tragödie vermeidbar gewesen wäre. Allein im September kamen drei Menschen ums Leben.

### Erneute Verschiebung von Prozess gegen Taner Kılıç und Istanbul 10

**TÜRKEI** – Der Prozess gegen den Ehrenvorsitzenden von Amnesty International in der Türkei, Taner Kılıç, und gegen die als Istanbul 10 bekannt gewordenen Menschenrechtler, unter ihnen der deutsche Menschenrechtstrainer Peter Steudtner und die ehemali-

ge türkische Amnesty-Direktorin İdil Eser, wurde am 9. Oktober in Istanbul erneut vertagt. Den Angeklagten drohen bis zu 15 Jahre Haft. Amnesty kritisiert das schon seit zwei Jahren andauernde Verfahren als unfair. Auch die Verlängerung der Haft des Aktivisten Osman Kavala zeigt, dass die Verfolgung kritischer Stimmen in der Türkei weiter System hat.

### JETZT ONLINE

■ **Briefmarathon 2019:** Drei tolle Videos über die Jugendlichen, für die dieses Jahr im Briefmarathon geschrieben wird: So zu Yasaman Aryani, die es wagte, gegen den Kopftuchzwang im Iran zu protestieren, und zum verschollenen Yiliyasijiang Reheman aus China. In einem weiteren Clip lernen Sie Sarah Mardini und Seán Binder besser kennen.

■ **Gegen sexuelle Gewalt:** Woher weiss ich, ob mein Gegenüber auch Sex will? Warum können sich Betroffene von Vergewaltigungen manchmal nicht wehren? Diesen Fragen stellten sich Studierende des Fachbereichs Trends & Identity der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) – und produzierten Kurzfilme, die unter die Haut gehen.

Jetzt online unter: [www.amnesty.ch/magazin-dezember19](http://www.amnesty.ch/magazin-dezember19)

### IN EIGENER SACHE

#### DIE VERPACKUNG: EIN VIELSCHICHTIGES THEMA

Das **AMNESTY**-Magazin wird in einer Folie verpackt verschickt. Warum ist das so? Hier einige Gründe:

- Dem **AMNESTY**-Magazin liegen jeweils die Aktionsbeilage «In Action» und der adressierte Begleitbrief bei. Einen offenen, sprich unverpackten Versand eines Hefts mit Beilagen erlaubt die Post nicht.
- Auf das Beilegen eines Begleitbriefs mit Einzahlungsschein können wir nicht verzichten. Diese Spendeneinnahmen sind für die Finanzierung des Magazins notwendig.
- Ein Versand im Couvert kommt nicht in Frage, da die Ökobilanz eines Couverts laut Studien um 20 Prozent schlechter ausfällt als jene einer Folie. Nicht nur wird bei der Herstellung von Couverts mehr Energie verbraucht, Couverts sind ausserdem wesentlich teurer.

Unsere Folie ist aber nicht einfach «Plastik». Die von uns verwendete Schutzhülle besteht zu mindestens 50 bis 85 Prozent aus nachwachsenden Rohstoffen (Überreste aus der Rohzuckergewinnung). Auch ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoss bei der Produktion geringer als bei herkömmlichen, fossilen Folien. Die Schutzhülle ist recyclingfähig, gehört jedoch nicht in den Kompost.

Plastikmüll ist vor allem dann ein Problem, wenn er nicht richtig entsorgt wird. Aber unsere Folie gelangt ja nicht in die Landschaft oder in Gewässer, wenn Sie sie im normalen Haushaltskehrrecht entsorgen. Sie dient sogar als willkommenener Energieträger bei der Kehrrichtverbrennung.

Wir würden am liebsten auf die Folie verzichten und klären deshalb Alternativen weiterhin ab.

Bis wir das Ei des Kolumbus gefunden haben, versenden wir das Magazin weiterhin mit der Schutzhülle.

Ihre Redaktion AMNESTY-Magazin

# JA ZUM SCHUTZ VOR HASS UND HETZE



© Frank Rumpenhorst/DPK/Keystone

**Am 9. Februar 2020 stimmen wir darüber ab, ob Schwule, Lesben und Bisexuelle besser vor Hassreden geschützt werden sollen. Kontroverse Debatten sind auch nach Annahme der neuen Regelung weiterhin möglich.**

«**N**ur ein toter Muslim ist ein guter Muslim.» «Hitler hätte euch alle vergasen sollen.» Das sind Beispiele öffentlicher Aufrufe zu Hass gegen religiöse Minderheiten, die in den letzten Jahren in der Schweiz zu einer Verurteilung aufgrund der Anti-Rassismus-Strafnorm geführt haben. Hätten sich die Aussagen gegen Schwule, Lesben oder Bisexuelle gerichtet, wären sie straffrei geblieben. Denn die öffentliche Herabwürdigung von LGBTI und Aufrufe zu Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung werden vom Schweizer Strafrecht bisher nicht erfasst. Dieser völlig fehlende Schutz vor «hate speech» ist einer der Gründe, weshalb die Schweiz im Ranking der LGBTI-Freundlichkeit

auf Rang 27 unter 49 Ländern in Europa zurückgefallen ist. Diese Rangliste wird alljährlich von der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) ermittelt. In den meisten europäischen Ländern sind Hass und Hetze gegen LGBTI längst strafbar, in der Schweiz aber nicht.

Bundesrat und Parlament wollen dies nun endlich ändern und die Anti-Rassismus-Strafnorm auf Aufrufe zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung ausweiten. Leider hat der Ständerat dabei entschieden, diese Erweiterung nicht auch auf die geschlechtliche Identität anzuwenden, womit beispielsweise Transmenschen der Schutz versagt bleibt.

Nichtsdestotrotz hat ein freikirchlich geprägtes Komitee das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir am kommenden 9. Februar 2020 nun darüber ab, ob Lesben, Schwule und Bisexuelle vor Hass und Hetze geschützt sein sollen – wie dies für religiöse oder ethnische Minderheiten bereits heute selbstverständlich ist.

Das Referendumskomitee beruft sich vordergründig auf die Meinungsfreiheit. Es verschweigt dabei jedoch, dass es bei der neuen Strafnorm ausschliesslich um Aufrufe zu Hass und Gewalt, die pauschale Herabsetzung und Diskriminierung und damit die Verletzung der Menschen-

würde geht. Kontroverse Diskussionen und kritische Meinungen etwa zur Frage der Heirat von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sind in keiner Weise tangiert. Auch der Hinweis des Referendumskomitees, dass tätliche Angriffe auf LGBTI ja schon heute strafbar seien, zielt ins Leere: Denn gerade die Tatsache, dass öffentliche Aufrufe zu Hass, Diskriminierung und Gewalt ungestraft bleiben, bereiten tätlichen Angriffen den Boden.

Amnesty Schweiz hat sich bereits anlässlich ihrer diesjährigen Jahresversammlung mit einer Resolution für die geplante Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm auf die sexuelle Orientierung ausgesprochen – weil diese ein zwar unvollständiger, aber dennoch wichtiger Schritt zu einem umfassenderen Schutz vor Hass und Hetze aufgrund bestimmter Identitätsmerkmale ist. Queeramnesty, die Amnesty-AktivistInnengruppe für LGBTI-Rechte, engagiert sich nun, unterstützt von der gesamten Schweizer Sektion von Amnesty International, im Abstimmungskomitee «Ja zum Schutz vor Hass». Am 9. Februar 2020 können wir an der Urne Ja stimmen zur Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm, denn: Menschenrechte und Menschenwürde sollen für alle gelten, unabhängig von Rasse, Ethnie oder Religion – und eben auch von der sexuellen Orientierung!

Reto Rufer

# Wir sind dran





#HUMAN  
RIGHTS  
FOR  
FUTURE

AMNESTY  
INTERNATIONAL

Junge Menschen sind dran – im doppelten Sinn: Sie nehmen das Heft in die Hand und demonstrieren für eine bessere Zukunft. Sie erhalten aber nicht immer den Schutz, den sie verdienen. Manche Jugendliche leiden unter massiven Menschenrechtsverletzungen. Wir zeigen in diesem Magazin mutige junge Menschen, die für ihre Anliegen eintreten.

SAV

SCHWEI...



## Sie tun was

Nicht erst seit Greta Thunberg haben Jugendliche Lust darauf, die Welt zu verändern. Wir stellen drei junge Menschen vor, die sich in der Schweiz engagieren: für Frauenrechte, Migranten oder gegen den Klimawandel. Sie setzen ihre Freizeit für Aktionen ein und haben keine Angst davor, auch einmal anzuecken.

### «Über die Nasenspitze hinausdenken»

Noch vor ein paar Jahren fühlte sich Fina Girard ohnmächtig und dachte: «Ich bin ja nur eine Jugendliche, meine Meinung wird nicht ernst genommen, ich kann nichts machen.» Dabei fand sie Politik schon damals spannend – aber sich bei einer Jungpartei einzureihen, das war ihr zu einengend. Dann nahm ein Freund sie mit zur Amnesty-Jugendgruppe in Basel. Schnell gewann Fina dort den Eindruck, dass sie doch etwas bewegen und selbst gestalten könne: «Ich habe realisiert, dass es noch andere gibt, die so denken wie ich.» Die heute 18-Jährige, die am vergangenen 20. Oktober zum ersten Mal wählen durfte, erklärt: «Wichtig ist mir, über die eigene Nasenspitze, über meine eigenen Bedürfnisse hinauszudenken. Ich möchte eine Welt, in der Materielles und Egoismus weniger zählen.» Sogleich kommentiert sie sich selbst – klar, als Jugendliche bekomme man bei solchen Aussagen rasch den «Idealistenstempel», aber die Jungen hätten eben tatsächlich noch Raum und Zeit, sich zu engagieren. Ausserdem würden sie wohl auch die Gleichaltrigen besser erreichen können, «wahrscheinlich sind wir glaubwürdiger als ein 50-jähriger Marketingmensch, der seine Texte jugendlich machen will, indem er öfter das Wort «krass» verwendet.»

Finas Agenda ist voll. Sie bereitet sich auf die Matur im kommenden Frühling vor, spielt Oboe in verschiedenen Ensembles und singt im Chor. Daneben gibt es die Amnesty-Gruppe, und

auch in der Klimabewegung ist sie sehr aktiv. «Oft handeln wir aus Solidarität für andere, die vielleicht weit weg von uns leben. Aber beim Klimawandel geht es zum ersten Mal um ein Thema, das auch mich ganz direkt betrifft», erzählt sie bei einem Kaffee im Basler Lokal Mitte.

Mit der Jugendgruppe Basel organisiert sie auch mal spontane Strassenaktionen, zum Beispiel gegen sexuelle Gewalt, oder ein Konzert für die Menschenrechte wie den «Dance for Human Rights», an dem der Saal voll war. Bei den Aktionen will sie auch mit Andersdenkenden in Kontakt kommen: «Man muss ja gar nicht alle überzeugen wollen, aber im Dialog bleiben!», sagt sie.

Besonders angetan hat es Fina auch der Amnesty-Briefmarathon, der jeweils im Dezember stattfindet. Er komme bei Passanten gut an, und die Resultate seien motivierend: «Wenn ein Mensch freigelassen wird, für den wir uns eingesetzt haben, merke ich, dass wir etwas bewirken.» Sogar während eines Austauschjahrs in Stockholm schloss sie sich einer Amnesty-Gruppe an und sammelte nach ein paar Monaten Unterschriften auf Schwedisch. Wohin nach der Matur der Weg für die Tochter eines Taxifahrers und einer Sammlungskuratorin geht, ist noch offen. Lange interessierte sie sich für Architektur, mittlerweile schwebt ihr aber eher ein Beruf in einer sozialen Organisation vor: «Ich möchte vor allem eine sinnvolle Arbeit machen können.»

Text: Carole Scheidegger



Bilder: Nicolas Schepfer

## «Die Utopisten sind die anderen»

«Wenn du deinen Platz in dieser Welt noch nicht gefunden hast, dann bist du hier, um eine neue zu schaffen.» Dieses Motto hat sich Hamza Palma zu eigen gemacht. Der Gymnasiast aus dem waadtländischen Morges will zu den Menschen gehören, denen es dereinst gelingt, den Planeten vor der globalen Erwärmung und den daraus resultierenden Katastrophen zu retten. Der 16-jährige Teenager, den wir am Rande des Lausanner Klimagipfels «Smile for Future» treffen, hat seit dem Beginn der Klimastreiks im Dezember 2018 keine einzige Klimademo verpasst. «Es ist wichtig, dass junge Menschen demonstrieren, denn wir sind die nächste Generation. Das legitimiert unser Engagement», betont Hamza. Er kritisiert die PolitikerInnen, die trotz den vielen wissenschaftlichen Beweisen für den Klimawandel untätig bleiben würden. «Das Schlimmste ist, dass die Politiker die Macht hätten, etwas zu tun, aber nichts machen. Sie rechtfertigen sich mit dem Argument, dass in der Schweizer Demokratie immer ein Konsens gefunden werden muss. Oder dann erwarten sie von uns, dass wir die Lösungen präsentieren.»

Hamza strebt eine andere Gesellschaft an, eine ohne den «ungezügeltten Kapitalismus», der die natürlichen Ressourcen ausplündert. «Ich persönlich befürworte die Wachstumsbeschränkung. Meiner Meinung nach ist ein ökologisches Wachstum nicht möglich. Doch das ist ein Thema, das unter uns noch immer diskutiert

wird. Auf dem Lausanner Gipfel waren wir darüber uneins.»

Hamzas «grünes» Bewusstsein entstand im Laufe der Zeit. Schon als Kind las er gerne wissenschaftliche Bücher, er interessierte sich leidenschaftlich für Astronomie. Und dann kamen die schwedische Aktivistin Greta Thunberg und ihre Rede vom Dezember 2018 an der Klimakonferenz COP 24 in Katowice, die ihn stark beeindruckte. Der Gymnasiast engagiert sich seither nicht nur an den Klimastreiks, sondern auch in der Bewegung Extinction Rebellion, mit der er sogar nach Paris zur Klimablockade reiste. Er ist auch bei den Jungen Grünen und bei Amnesty International aktiv. «Die Menschenrechte sind mir sehr wichtig, insbesondere diejenigen von Migrantinnen und Migranten. Wir werden das Klimaproblem nicht lösen können, wenn wir nicht zugleich die Frage der sozialen Gerechtigkeit lösen», meint der Schüler. Solche verschiedenen Engagements würden es ermöglichen, unterschiedliche Formen des Protests auszuprobieren: Politik, Streiks, Demonstrationen oder ziviler Ungehorsam – alles sei nützlich, um Öffentlichkeit für dringliche Anliegen herzustellen. Hat er Angst davor, dass seine Aktivitäten ihm persönlich Nachteile bringen könnten? «Angst darf uns nicht blockieren. Solange ein Kampf legitim ist und niemandem Schaden zugefügt wird, müssen wir marschieren!», sagt Hamza bestimmt. «Wir werden Utopisten genannt. Aber die Utopisten sind doch heute die anderen – diejenigen, die glauben, den Wandel ablehnen zu können.»

Text: Emilie Mathys



## Einmal Aktivistin, immer Aktivistin

«Bereits in meinem Heimatland habe ich mich mit Frauenrechten beschäftigt. Ich bin in Marokko aufgewachsen, in einer Gesellschaft, in der die sozialen und religiösen Regeln sehr streng sind», erzählt die 22-jährige Zineb Baazis. Als Teenager musste sie wegen des sozialen Drucks mit Fussballspielen aufhören, aber sie setzt sich weiterhin und auch hier in der Schweiz für Frauenrechte ein. Glücklicherweise hat Zineb einen aufgeschlossenen Vater, der seine Töchter stets zum Reisen ermutigte und ihre Bildung förderte. Als sie 18-jährig war, wählte die an Kriminalistik und Menschenrechten interessierte junge Frau für ihre Studien die Schweiz: «Hier ist die Kombination beider Fächer möglich.» So begann sie ein Studium an der Universität Lausanne.

«Im Gymnasium in Rabat machte ich bei einer Gruppe mit, die sich «Strassenphilosophie» nannte. Jeden Samstag trafen wir uns für informelle Debatten rund um progressive Themen. Dank diesen Gesprächen konnte ich andere Anschauungen entwickeln, und vor allem stellte ich fest, dass ich nicht die Einzige war, die gesellschaftlich «vorwärts machen» wollte. Mein Engagement wurde dann aber vor allem hier an der Uni konkret, als ich Amnesty International beitrug», erzählt die Studentin. Als Co-Verantwortliche der Gruppe für Frauenrechte organisiert Zineb regelmässig Vorträge und Ateliers, die unter anderem vermitteln, wie man sich gegen

sexistische Angriffe wehren kann. Dieses Anliegen möchte sie auch im Rahmen der Studierendenorganisationen verbreiten, in denen sie ebenfalls aktiv ist.

«Alle Themen rund um die Sexualität finde ich spannend. Denn dies ist in meinem Heimatland noch ein grosses Tabu. Aber auch die Situation von Migrantinnen und ihre doppelte Unterdrückung beschäftigen mich sehr», erklärt Zineb, die sich ausserdem auch für LGBTI-Rechte engagiert. «Ich war sehr enttäuscht, als ich feststellen musste, dass auch hierzulande Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung angegriffen werden.»

Fühlt sie sich jemals entmutigt? «Nein, im Gegenteil. Mit den Jahren wurde meine Motivation immer stärker. Die negativen Kommentare, die ich manchmal auf sozialen Netzwerken erhalte, sind ein Zeichen dafür, wie viel noch zu tun ist. Wie auch immer: Wer sich engagiert, darf sich nicht entmutigen lassen», sagt sie mit ruhiger Stimme. «Ich bin eine Frau, und deshalb werde ich diskriminiert. Wenn ich nicht selbst kämpfe, wer dann?»

Zineb ist kürzlich für ihren Masterabschluss nach Genf umgezogen und überlegt sich, was sie danach tun will. Liegt ihre Zukunft in Marokko, in der Schweiz oder anderswo? «Ich werde dort sein, wo ich eine Veränderung bewirken kann», prophezeit die junge Feministin. Einmal Aktivistin, immer Aktivistin.

Text: Emilie Mathys

# Das ist erst der Anfang

Junge Menschen stellen einen grossen Anteil an der Weltbevölkerung, können aber auf politischer Ebene kaum mitbestimmen. Deshalb wählen sie andere Mittel, um sich Gehör zu verschaffen.

Von Carole Scheidegger

Von Hongkong bis São Paulo, von Bern bis Beirut demonstrieren junge Leute. Sie fordern politische Freiheit, Bildung, Klimaschutz oder schlicht genug zum Leben. Sie alle in denselben Topf zu werfen, wäre natürlich vermessen. Junge Menschen haben unterschiedliche Pläne, verfolgen unterschiedliche Ziele, wählen unterschiedliche Mittel. Auch unter den Jungen gibt es politisch Linke und Rechte, es gibt die, die sich einen kompletten Systemwechsel wünschen, und andere, die nur nicht verlieren wollen, was sie schon haben. Aber eines eint sie: Sie haben den grössten Teil des Lebens noch vor sich. Und sie sind viele. 42 Prozent der Weltbevölkerung ist unter 25 Jahre alt. Während uns in Mitteleuropa Sorgen bereitet, dass immer weniger Junge für immer mehr Ältere die Altersvorsorge sichern sollten, wird der Anteil der Jungen auf dem afrikanischen Kontinent voraussichtlich weiter wachsen. Minderjährige sind in vielen Ländern stark von Armut betroffen. Höchst verständlich also, wenn sie sich um ihre Zukunft sorgen. Die drohenden Folgen des Klimawandels verdüstern die Zukunftsaussichten zusätzlich. Trotzdem fällt auf, wie viel positive Energie zum Beispiel bei den Klimademos zu spüren ist, wie witzig und unverdrossen die Slogans auf den Transparenten sind. Auch bei AMNESTY YOUTH, dem Jugend-Netzwerk der Schweizer Sektion von Amnesty International, setzen die Mitglieder auf Kreativität. Wer sich gegen Ungerechtigkeit wehrt, entwickelt sehr viel Energie.

Ein solches Engagement kann aber auch gefährlich werden. Nicht überall können junge Leute ihr Recht auf freie Meinungsäusserung ausüben. Eigentlich sind Regierungen laut Kinderrechtskonvention verpflichtet, Minderjährige zu schützen. Stattdessen geraten die Jugendlichen in manchen Ländern ins Fadenkreuz – etwa in Hongkong oder im Irak, wo Demonstrierende brutal unterdrückt werden. Offenbar fürchten die Mächtigen die Stimmen der Jungen. |

Mehr über AMNESTY YOUTH, das Netzwerk von jungen Menschen bis 26 Jahre, finden Sie unter [www.amnestyyouth.ch](http://www.amnestyyouth.ch).



Sie trotzen dem Tränengas: Protestierende in Hongkong.

## Was heisst «jung» überhaupt?

Jugend, die Zeit zwischen Kindheit und Erwachsenenalter, lässt sich in Zahlen verschieden definieren. Die Uno verwendet den Begriff für Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren.

Eine andere Definition begrenzt die Jugend auf das Erreichen der Volljährigkeit; in der Schweiz gilt man seit 1996 ab 18 Jahren als mündig. Das hiesige Jugendstrafrecht wird vom vollendeten 10. bis zum 18. Altersjahr angewendet. Im Kinder- und Jugendförderungsgesetz hingegen reicht das Alter der Jugendlichen bis 25 Jahre.

Jugend kann aber auch als soziale oder biologische Phase angesehen werden. Wichtige Meilensteine sind das Erreichen der Pubertät respektive der Übergang in die wirtschaftliche Selbstständigkeit.

# Haft fürs Helfen

**Sarah Mardini und Seán Binder kümmerten sich auf Lesbos um Flüchtlinge. Dafür drohen den beiden jungen Menschen nun 25 Jahre Gefängnis.**

Von Franziska Grillmeier

Es ist sechs Uhr morgens, am Flughafen in Lesbos hält Sarah Mardini ihr Ticket schon in der Hand. Gleich soll ihr Flug nach Berlin starten. Nach neun Monaten als ehrenamtliche Flüchtlingshelferin auf Lesbos will sie ihr Studium in Berlin wieder aufnehmen, sie will in ihr Leben in Deutschland zurückkehren. Doch Sarah verpasst ihren Flug. Sie wird kurz vor der Sicherheitskontrolle von griechischen PolizistInnen festgenommen. Die PolizistInnen sagen, Sarah könne am nächsten Morgen auf Kosten der griechischen Regierung weiterfliegen – falls alles in Ordnung sei. Doch Sarah kommt an diesem 21. August 2018 nicht frei, und auch nicht an den folgenden Tagen. Seán Binder, der die vergangenen Monate an der Seite von Sarah bei der Erstversorgung von Geflüchteten an der Küste von Lesbos half, eilt zur Polizeistation. «Ich dachte, sie hätten einen Fehler gemacht», sagt Seán, «ich wollte das Missverständnis aufklären.» Als er bei der Polizeiwache seine Hilfe zur Aufklärung des Falls anbietet, wird er selbst festgenommen. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen die beiden wiegen schwer: Menschenschmuggel, individuelle Bereicherung durch Spenden, Geldwäsche, Spionage und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.

Die Anklage fusst laut der griechischen Polizei auf einer sechsmonatigen Ermittlung: Bereits im Februar 2018 wurden Sarah und Seán bei einer Fahrzeugkontrolle angehalten, als sie die Küste von Lesbos auf und ab fuhren, um nach neu ankommenden Booten Ausschau zu halten. Die PolizistInnen fanden ein zweites, militärisches Kennzeichen unter dem griechischen Nummernschild. Sie beschlagnahmten Handys und Laptops und nahmen die beiden mit auf die Polizeistation. Nach 48 Stunden wurden sie wieder freigelassen. In den folgenden Monaten hörten sie nichts mehr von der Polizei.

Franziska Grillmeier ist freie Journalistin und lebt auf Lesbos.

**Im Ungewissen** | Nach der erneuten Festnahme im August 2018 erklären die ErmittlerInnen in einem ungewöhnlich langen Statement, Sarah und Seán hätten sich mit verschlüsselten Whatsapp-Nachrichten über die Migrationsrouten im Mittelmeer verständigt und den Funkverkehr der Küstenwache abgehört, um Menschen illegal über die nordöstlichen Ägäischen Inseln nach Griechenland zu bringen. Dieses Mal kommen sie nicht so rasch frei.

Sarah teilt sich die Zelle mit zwei anderen Frauen, denen sie ein paar Brocken Englisch beibringt, um die Zeit totzuschlagen. Die Frauen klagen über zu wenig Wasser, zu wenig Essen. Duschen? Nur alle zwei Tage. Nach zwei Wochen wird Seán in das Männergefängnis von Chios gebracht. Und Sarah ins Hochsicherheitsgefängnis Korydallos in der Nähe von Athen. Sie beide wissen nicht, wie lange diese Unsicherheit noch andauern soll. Niemand macht genaue Angaben. Bis zu 25 Jahre können sie laut ihren Anwälten für die Anklagen hinter Gitter kommen. Und das, weil sie Menschen das Leben retteten?

**Anpacken, wenn Not herrscht** | Sarah Mardini, 24 Jahre alt, wurde mit ihrer eigenen Fluchtgeschichte 2015 berühmt. Ihre Schwester Yusra und sie waren beide professionelle Schwimmerinnen und trainierten vor ihrer Flucht mit dem syrischen Nationalteam. Als bei der Überfahrt zwischen der türkischen Küste und Lesbos der Motor des Schlauchboots ausfiel, liessen sich die beiden Schwestern ins Wasser gleiten und zogen das Boot mit 18 Menschen schwimmend hinter sich her, bis sie die Lichter der Insel sahen.

Bereits ein halbes Jahr nach ihrer eigenen Flucht nach Berlin im Herbst 2015 entschied sich Sarah das erste Mal, nach Lesbos zurückzukehren, um denen zu helfen, die noch immer auf der Insel festsassen. Seitdem verliess sie ihr neues Leben in Berlin immer wieder für mehrere Monate, um auf Lesbos ehrenamtlich mitanzupacken.

Auch Seán Binder ist zum Zeitpunkt seiner Verhaftung über ein Jahr als ehrenamtlicher Mitarbeiter auf der Insel. Der 25-jährige Deutsch-Ire entschloss sich nach einem Masterstudium mit dem Schwerpunkt Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu diesem Einsatz. Als ausgebildeter Rettungsschwimmer konnte er, wie Mardini, professionell und gezielt helfen.

Hunderte HelferInnen versuchen seit Jahren, die prekäre Situation für Menschen auf der Flucht, die an den Grenzen Europas stranden, zu lindern. Seit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei im März 2016 leben über 12.000 Menschen unter katastrophalen Verhältnissen im Auffanglager Moria auf Lesbos und kommen weder vor noch zurück. Manche werden erst nach zwei Jahren zum ersten Mal be-



«Das Beängstigende ist, dass das jedem passieren kann»: Sarah Mardini und Seán Binder saßen über 100 Tage in Untersuchungshaft und warten jetzt auf ihr Gerichtsverfahren.

fragt. Und immer noch kommen weitere Asylsuchende aus der Türkei in Schlauchbooten an der Küste an. Froh, dass sie überlebt haben, wissen sie noch nicht, was vor ihnen liegt.

Als gelernter Rettungsschwimmer half Seán abends bei der Erstversorgung der ankommenden Flüchtlinge, Sarah arbeitete tagsüber als Übersetzerin im Flüchtlingslager von Moria und half abends an der Küste, wenn die Schlauchboote eintrafen. Sie zogen Ankommende aus dem Wasser, wickelten sie in Decken, leisteten medizinische Erstversorgung und brachten sie anschliessend zu den Bussen, die Neuankommlinge in das Auffanglager in Moria transportierten.

**Vorwurf: Menschenmuggel** | Sarah und Seán waren damit zwei von vielen ehrenamtlichen HelferInnen mit professionellem Hintergrund, die versuchen, die Lücken im Versorgungssystem für Menschen auf der Flucht zu füllen. Und sie arbeiteten in einer Zeit, in der FlüchtlingshelferInnen stärker ins Fadenkreuz der Behörden geraten. Der Vorwurf: Sie würden den Geflüchteten die Überfahrt nach Europa erleichtern. Schon 2016 standen drei spanische Feu-

erwehrleute wegen Menschenmuggel vor Gericht, die als Seenotretter gearbeitet hatten. Der Prozess zog sich zwei Jahre in die Länge, bis sie freigelassen wurden.

Die Geschichte von Sarah und Seán ist bei Weitem kein Einzelfall. In ganz Europa werden Menschen, die Flüchtlingen helfen und sich für deren Rechte einsetzen, angegriffen. «Das Beängstigende ist nicht, dass ich ohne Prozess im Gefängnis sass oder dass ich noch immer mit 25 Jahren Gefängnis konfrontiert werde. Das wirklich Beängstigende ist, dass dies jedem passieren kann, weil Staaten die bestehenden Gesetze zum Schutz der Humanität nicht einhalten. Noch schlimmer ist es, dass Menschen, die vor Verfolgung fliehen, nicht nur in ihren Herkunftsländern in Gefahr sind, sondern auch in Europa», sagt Seán.

Sarah und Seán kamen am 3. Dezember 2018 nach über 100 Tagen in Gefangenschaft auf Kautionsfrei. Noch immer warten sie auf die Entscheidung des griechischen Gerichts, ob ihnen ein Prozess gemacht wird, der 25 Jahre Haft bedeuten kann. |

**SCHREIB  
FÜR  
FREIHEIT**

AMNESTY  
INTERNATIONAL



## Briefmarathon: Schreiben Sie für Sarah und Seán

Am diesjährigen Briefmarathon setzt sich Amnesty International auch für Sarah Mardini und Seán Binder ein. Machen auch Sie mit! Mehr Informationen und einen Brief zum Unterschreiben finden Sie in beiliegendem «In Action» und unter [www.amnesty.ch/briefmarathon](http://www.amnesty.ch/briefmarathon).

Am Briefmarathon engagieren sich jeweils Leute auf der ganzen Welt für andere Menschen, die in Gefahr sind oder Unterstützung brauchen. Dieses Jahr stehen junge Menschen im Mittelpunkt.



## Das Aufbegehren der Jugend

**Mit auffälligen Aktionen klären junge Leute in Kenia ihre Mitmenschen über ihre Rechte auf. Auch in anderen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent wehren sich Junge gegen alte Eliten.**

Von Bettina Rühl

Gelächter. Gekicher. Dutzende junge Augenpaare kleben an einem Schüler, der offensichtlich betrunken ist. Er streitet mit seiner Mutter, die sich darüber beschwert, dass er ständig die Schule schwänze, wobei er behauptet, sich tadellos zu verhalten. Das Ganze ist nur ein Spiel, aufgeführt von Mitgliedern der kenianischen Jugendgruppe Wasanii Sanaa, auf Deutsch etwa «die Kunst der Künstler». An diesem Morgen spielt die Gruppe vor Schülerinnen und Schülern in Kibera, einem der größten Slums in der kenianischen Hauptstadt Nairobi.

«Unsere Stücke handeln von allem, was zu unserem Alltag im Slum gehört», erklärt Vincent Odhiambo Omondi, der mittlerweile 28-jährige Gründer der Gruppe. «Menschenrechtsverletzungen, Drogenmissbrauch, Vergewaltigungen und andere Gewalt gegen Frauen.» Der Rechtsanwaltsgehilfe und Jurastudent ist in Kibera aufgewachsen und gründete Wasanii Sanaa 2011. Schon als Kind habe er beobachtet, wie Polizisten die SlumbewohnerInnen als eine Art Freiwild behandelten: Sie hätten Geld für tatsächliche oder angebliche Vergehen gefordert und mit Verhaftung oder Gewalt gedroht, sollten ihre Opfer nicht zahlen. «Die meisten Menschen hier kennen ihre Rechte nicht», sagt Vincent. «Ich bin mit dem Gedanken gross geworden, dass ich sie einiges Tages verteidigen werde.» Durch Amnesty International und andere Organisationen wurde Vincent zu einem «Paralegal» ausgebildet, einem Anwaltsgehilfen. Ausserdem begann er ein Jurastudium, das er nach zwei Semestern allerdings auf Eis legen musste, weil er die Universitätsgebühren zurzeit nicht bezahlen kann.

**Mit Tanz- und Theateraufführungen** thematisiert die Gruppe Wasanii Sanaa im Slum Kibera Menschenrechtsverletzungen und Gewalt.

Dank Wasanii Sanaa kann Vincent trotzdem weiterhin das machen, was ihm am Herzen liegt: die Menschen über ihre Rechte aufklären. Und zwar spielerisch und artistisch, mittels Theateraufführungen, Tanz oder Musik. Die Verbindung zwischen Kunst und dem Kampf für Menschenrechte hat viele der Mitglieder von Wasanii Sanaa für die Gruppe begeistert. «Ich hatte sie einige Male auftreten sehen», erinnert sich die 21-jährige Wirtschaftsstudentin Nancy Makini. «Weil ich schon länger davon träumte, selbst etwas Künstlerisches zu machen, habe ich mich ihnen vor zwei Jahren angeschlossen.» Dass sie auf diese Weise auch noch zum Widerstand gegen den Machtmissbrauch der Herrschenden beitragen kann, findet sie besonders reizvoll.

**Kontinental vernetzt** | In vielen afrikanischen Ländern sind jüngere Menschen nicht länger bereit, sich von den alten Eliten widerspruchslos beherrschen zu lassen. Sie wollen Armut, Unterdrückung, Korruption und Misswirtschaft nicht mehr kampflos hinnehmen. Stattdessen begehren sie gegen ihre Regierungen auf und klagen ihre demokratischen Rechte ein. In den vergangenen Jahren sind unter anderem in Burkina Faso, der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Kongo und dem Senegal, in Simbabwe und Tansania Widerstandsbewegungen von meist jungen und oft akademisch gebildeten Aktivistinnen und Aktivisten entstanden. Erleichtert wird das Aufbegehren der Jugend durch die technologische Entwicklung. Die AktivistInnen in den unterschiedlichen Ländern kennen und vergleichen sich untereinander über soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Filme auf Youtube.

Die Bewegung hat den ganzen Kontinent erfasst. Unter dem Titel «Africans Rising for Justice, Peace and Dignity» (Afrikaner begehren auf für Gerechtigkeit, Frieden und Würde) schlossen sich im Sommer 2016 in Südafrika junge afrikanische Aktivistinnen und Aktivisten zusammen. Die Mitglieder der Initiative nutzen das Internet, um ihre Botschaften zu verbreiten. Unter Hashtags wie #AfricansRising, #AfricaWeWant oder #EndInequality twittern junge Afrikanerinnen und Afrikaner ihre Gedanken, Visionen und Forderungen. Da heisst es zum Beispiel: «Wir sind es leid, zum Schweigen gebracht, unterdrückt und isoliert zu werden.» Oder: «Wir haben ein Recht auf Frieden, gesellschaftliche Teilhabe und einen Anteil am Reichtum.»

Viele junge AktivistInnen sehen sich in einer Linie mit Unabhängigkeitskämpfern wie Kwame Nkrumah, Patrice Lumumba, Nelson Mandela oder Julius Nyerere. Sie streben aber keine politischen Posten an, keine Beteiligung an der Regierung. Stattdessen fordern sie ihre Rechte als BürgerInnen ein, wollen die Regierenden kontrollieren – und im Gegenzug ihre Pflichten erfüllen.

**Den Gefahren trotzen** | In der Demokratischen Republik Kongo beispielsweise kämpfen die Mitglieder der Bewegung LUCHA (Lutte pour le changement) gegen Menschenrechtsverletzungen und Missstände, und zwar ausschliesslich mit friedlichen Mitteln. Schliesslich habe der bewaffnete Kampf das Elend der Bevölkerung bisher nur vergrössert, sagen sie. Gegründet wurde die Gruppe 2012 in Goma, der Metropole im Osten des Landes, zunächst als eher informelle Bewegung junger AkademikerInnen. Eine Kampagne für sauberes Trinkwasser in Goma war eine der ersten Aktionen von LUCHA – mit Demonstrationen, Sit-ins, Informationsveranstaltungen oder über die neuen Medien protestieren sie seitdem gegen alles, was sie als sozialen oder politischen Missstand empfinden. Und davon gibt es reichlich, vor allem im Osten des Landes.

Vor den Präsidentschaftswahlen vom Januar 2019 berichtete Amnesty International von Einschränkungen der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit, von Einschüchterungen und willkürlichen Verhaftungen. Menschenrechtsaktivistinnen und Journalisten werden im Land regelmässig bedroht, des Landes verwiesen oder getötet.

Das gilt auch für die Mitglieder von LUCHA, von denen viele immer wieder verhaftet wurden. Ihre Vision klingt angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse wie Träumerei: «Ich würde wirklich gerne erleben, dass unsere Justiz eines Tages denjenigen, die ihrer Rechtsprechung unterworfen sind, tatsächlich Gerechtigkeit wiederfahren lässt», sagte der inzwischen verstorbene Jurist Luc Nkulula. Stattdessen habe die Bevölkerung weder Wasser noch Strom, selbst wenn sie für die entsprechenden Anschlüsse bezahle. Ein gutes Jahr später, im Juli 2018, verbrannte der 32-jährige Nkulula in seinem hölzernen Haus in Goma. Die LUCHA-Mitglieder zweifeln die Ergebnisse einer staatlichen Untersuchung an, wonach sein Tod ein Unglück gewesen sei.

Obwohl Nkulula einer der wichtigsten Köpfe von LUCHA war, macht die Bewegung weiter. Sie tauscht sich mit der ebenfalls kongolesischen Gruppe Filimbi («Der Schlusspfiiff») aus, kooperiert mit Balai Citoyen («Besen der Bürger») in Burkina Faso und mit Y'en a marre («Es reicht») im Senegal – einem von zwei Rappern 2011 gegründeten Kollektiv, das in einer grossen Kampagne junge Menschen aufrief, sich für die Wahlen registrieren zu lassen; seither engagiert sich Y'en a marre unter anderem für den verstärkten Einbezug von jungen Menschen in politische Prozesse und gegen die Korruption.

Der Widerstand der afrikanischen Jugend gegen die Willkür der Herrschenden wächst weiter. |

Bettina Rühl ist Korrespondentin in Nairobi.

# «Ständig werden neue Generationen erfunden»

Ein Gespräch mit dem Historiker Bodo Mrozek über den sich wandelnden Generationenbegriff – und die vermeintlich rebellische Jugend als gesellschaftliches Konstrukt. Interview: Lea De Gregorio

► **AMNESTY:** Was ist für Sie das Besondere an der Phase der Jugend – warum setzen Sie sich in Ihrer Forschung damit auseinander?

◀ **Bodo Mrozek:** Für viele ist Jugend gar nichts Besonderes, sondern gilt als natürliche Lebensphase. Aber für Historiker ist das Wenigste natürlich. Jugend ist ein gesellschaftliches Konstrukt, das mit dem Prozess der Moderne beginnt und sich im 19. Jahrhundert weiter ausdifferenziert. Was mich an dem Zeitraum zwischen 1956 und 1966 interessiert, den ich in meinem Buch «Jugend – Pop – Kultur» untersucht habe, ist, dass da etliche ältere negative Sozialtypen aktualisiert werden. In der Zeit vor dem sogenannten Pillenknick waren die Gesellschaften demografisch sehr jung. Daraus resultierte ein gewisses Bedrohungspotenzial: Man hatte Angst vor Veränderung und hat daher skandalisiert und kriminalisiert.

► **Wie wird Jugend überhaupt definiert?**

◀ Vor allem durch Verbote und Gebote. Das bezieht sich etwa auf Mitgliedschaften, Schulpflicht, Alkoholkonsum oder das aktive und passive Wahlrecht. Die Jugend kann aber sogar bis in die 30er- oder 40er-Lebensjahre eines Menschen dauern: Für manche Posten – etwa bestimmte Richterämter – ist man selbst in diesem Alter noch zu jung. Es ist daher keine einheitliche Lebensspanne. Die Definitionen variieren von Staat zu Staat – in manchen Ländern sogar von Bundesstaat zu Bundesstaat. Deutlich wird das etwa bei Fragen der Sexualreife, der Ehe- oder Strafmündigkeit. Diese Fragen werden gesellschaftlich ausgehandelt

und führen immer wieder zu Konflikten, etwa gegenüber den Kontrollregimen der Erwachsenen.

► **Einerseits werden Jugendliche nicht ernst genommen, andererseits als Bedrohung verstanden – ein Widerspruch?**

Nein, das sind zwei Seiten derselben Medaille. Diejenigen, die als Bedrohung gelten, müssen kontrolliert und zugerichtet werden, und da nimmt man Jugendliche natürlich sehr ernst. Gleichzeitig traut man ihnen nicht zu, dass sie eigenverantwortlich über ihre Kultur bestimmen können. Wir haben uns heute an die Denkfigur des Generationenkonflikts gewöhnt. Und zwar so sehr, dass wir voraussetzen, dass die Jugend zwangsläufig gegen ihre Eltern aufbegehren muss. Davon sind die Menschen über Jahrhunderte aber überhaupt nicht ausgegangen. Das ist auch eine Zuschreibung, die in der Zeit entstand, die ich untersucht habe, und die etwa durch das Kino popularisiert wurde.

► **Sie beschreiben Sozialtypen wie Halbstarke oder Hippies, die aus diesen Generationenkonflikten hervorgegangen sind. Lehnen sich heutige Zuschreibungen einer politischen oder unpolitischen Jugend daran an?**

◀ Was populärkulturelle Subkulturen angeht, sind wir vergleichsweise tolerant geworden: Bunte Haare und laute Musik jagen heute kaum noch jemandem einen Schrecken ein und werden nur selten mit Zensur bekämpft. Gleichzeitig hat das Generationenerfinden exponentiell zugenommen. Bestimmte Magazine rufen permanent neue Generationen aus, in denen Jugend sozialtypologisiert wird. In der Forschung sind wir hingegen vom Generationenbegriff inzwischen eher abgerückt.

► **Warum?**

◀ Schaut man sich klassische politische Generationen wie die 1968er an, so ist das ein Phänomen, das sich nicht in einer ganzen Alterskohorte, sondern vorwiegend an den Universi-



© Sarah Eick

**Bodo Mrozek** forscht zu Themen der Zeit- und Kulturgeschichte und veröffentlichte Bücher zu Jugend- und Popkultur.

**Mega-Konzerte:** Ausdruck der kommerzialisierten Popkultur.



© Christian Bertrand/shutterstock

täten, also in einer bestimmten Bildungsschicht abgespielt hat. Viele nicht-akademische Jugendliche waren da gar nicht involviert. Darum sprechen wir heute eher von Prozessen einer Generationalisierung oder der Ex-Post-Konstruktion von Generationen.

#### ► Eine Generation entsteht erst im Nachhinein.

◀ Teilweise passieren solche Zuschreibungen schon in der Gegenwart. Auch dann werden diese Debatten meist von Erwachsenen geführt, die damit in erster Linie ihre eigenen Werte verhandeln, indem sie sich von vermeintlich neuen Eigenschaften der Jugend abgrenzen. Andere formulieren im Nachhinein einen Deutungsanspruch für eine bestimmte Epoche. Die 68er haben das sehr erfolgreich betrieben. Wir haben es da mit einer Selbstgenerationalisierung zu tun, bei der bestimmte Eliten ihre eigene Geschichtsschreibung betrieben haben.

#### ► Und warum gibt es so ein starkes Bedürfnis, Generationen mit einem Label zu versehen?

◀ Es werden ja mittlerweile regelmässig Jugendstudien erstellt. Um Aufmerksamkeit für diese Studien zu generieren, wird dann häufig ein griffiges und zumeist stark verallgemeinerndes Label erfunden – die Generation X, Y, «Gameboy», «Jutebeutel» oder Ähnliches. Das greifen Medien gern auf, die sich als Trendscouts verstehen, aber auch die Wissenschaft profitiert von der gesellschaftlichen Ökonomisierung. Man denkt, wer wisse, was die Jugend will, könne auch Aussagen über die Zukunft treffen. Wirtschaft und Politik haben ein starkes Interesse an solchen Prognosen, um bestimmte Produkte oder Politiken zu vermarkten. Forscher wiederum empfehlen sich mit solchen naturgemäss recht unscharfen Vorhersagen als gefragte Zukunftsexperten.

#### ► Die Orientierung an der Zukunft ist auch etwas, das die Fridays-for-Future-Bewegung betont. Ist das neu?

◀ Ökologische Bewegungen haben auch schon früher dystopische Erwartungshorizonte aufgemacht. Bei Fridays for Future aber wird das mit einer neuen Selbstverständlichkeit getan. Vorhergehende Jugendszenen – etwa Punk – waren weit weniger artikuliert und reflektiert. Da brauchte es dann umso mehr die Figur des Experten, der diese Phänomene erklärt und mit Bedeutung ausstattet. Heute ist nicht zuletzt aufgrund solcher Expertisen, die durch Schule und Medien auch an junge Men-

schen vermittelt werden, ein stärkeres Selbstverständnis als Generation vorhanden. Ein auffallender Unterschied zu früher ist, dass nun nicht mehr der gemeinsame Konsum popkultureller Produkte im Mittelpunkt steht, sondern im Gegenteil der Konsumverzicht. Politische Forderungen werden nicht mehr primär durch Musik oder Mode indirekt vermittelt, sondern als politische Forderungen auf recht erwachsene Weise artikuliert. Wobei natürlich auf bestimmte Produkte – etwa Kommunikationstechnik – keineswegs verzichtet wird.

#### ► Warum, denken Sie, ist Fridays for Future so gross geworden und bekommt so viel Aufmerksamkeit?

◀ Zum einen waren die Möglichkeiten der Vernetzung noch nie so gut wie heute in den sozialen Medien. Entsprechend massenhaft und global tritt diese Bewegung auch auf. Und zum anderen ist es offenkundig, dass etwas schief läuft.

## «Bunte Haare und laute Musik jagen heute keinem mehr Schrecken ein.»

#### ► Was?

◀ Im Unterschied zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben wir heute demografisch überalterte Gesellschaften. Die Politik umwirbt daher vor allem ältere Menschen und macht ihnen vermehrt Angebote, wie sie ein bequemes Leben bis zur Rente führen können – in einem kurzfristigen Denken bis zur nächsten Wahl. Dass die Jugend irgendwann sagt, sie sei hier nicht mehr vertreten und werde gar nicht mehr angesprochen, ist eine naheliegende Gegenreaktion. |

# Getrennte Welten in Belfast

Zwei Jahrzehnte nach dem Karfreitagsabkommen ist der Alltag der jungen Generation in Nordirland weiter vom Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten bestimmt. Dabei teilen beide Seiten die gleichen Sorgen und Nöte.

Ein Fotoessay von Toby Binder

Alles nur Zufall? «Ich war nur eine Strasse davon entfernt, als mein Feind geboren zu werden», schreibt der Schriftsteller Paul McVeigh in seinem Vorwort zu Toby Binders Foto-Essay «Wee Muckers – Youth of Belfast». McVeigh kam im katholischen Teil der Stadt zur Welt, verbrachte dort in den 1980er Jahren seine Jugend, auf dem blutigen Höhepunkt des Nordirland-Konflikts. Als er alt genug war, verliess er Belfast. Bei seiner Rückkehr vor ein paar Jahren entdeckte er eine ganz andere Stadt: Plötzlich war es möglich, unbehelligt in die Viertel auf der anderen Seite zu gehen.

Doch gut zwanzig Jahre nach dem Friedensabkommen, das die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten 1998 beendete, sorgt der Brexit, falls er eintritt, wahrscheinlich dafür, dass Nordirland die Europäische Union verlassen muss – obwohl die Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger dagegen gestimmt hatte. Die offene Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland wird dann zur harten EU-Aussengrenze. Welche

Folgen das für den Friedensprozess auf der Insel haben wird, ist nicht abzusehen.

Der deutsche Fotograf Toby Binder hat Jugendliche in Belfast beobachtet – sowohl in katholischen Stadtvierteln wie Clonard und Carrick Hill als auch in protestantischen Vierteln wie Shankill, Sandy Row oder Highfield. Dabei hat er festgestellt, dass sie trotz allen Differenzen die gleichen Probleme haben. Arbeitslosigkeit, Drogenkriminalität, Gewalt und eine hohe Selbstmordrate prägen den Alltag auf beiden Seiten gleichermassen. Ihm geht es darum, diesen Widerspruch aufzuzeigen. Beide Seiten scheinen in ihren Symbolen, ihrer Identität und ihren Traditionen unüberwindbar getrennt zu sein. Dabei tragen sie die gleichen Kleider, hören die gleiche Musik, trinken das gleiche Bier, nehmen die gleichen Drogen und haben die gleichen Sorgen: Gewalt, Arbeitslosigkeit, soziale Diskriminierung und Perspektivenlosigkeit.



**Kein Durchkommen:** Brendan hinter einer Polizeiabsperrung in der Trinity Street, Carrick Hill.





**Am Boden:** Mädchen in der Tennent Street, Shankill.

**Toby Binder:**  
**Wee Muckers – Youth of Belfast.**  
Kehrer, Heidelberg 2019. 120 Seiten.



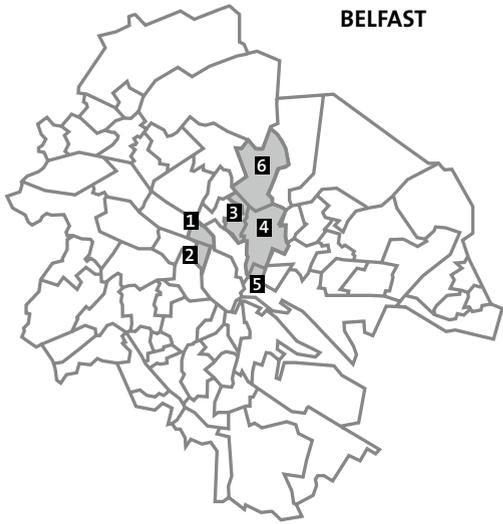
**High Life:** Mädchen im Woodvale Park, Shankill.

**Parade zur Erinnerung** an die Opfer des Bürgerkriegs im Zentrum von Belfast (ganz oben rechts).

**Klare Ansage:** Teenager beim Biertrinken und Streiten, Sandy Row (zweites Bild oben rechts).

**Kicken vor dem Union Jack:** Junge im Belfaster Stadtteil Shankill.





**BELFAST**



**1 VILLAGE**

Einwohner: 5178  
 Katholiken: 7,5%  
 Protestanten: 87,6%  
 Arbeitslose: 9%  
 Kinderarmut: 59,1%

**2 SANDY ROW**

Einwohner: 2153  
 Katholiken: 10%  
 Protestanten: 86%  
 Arbeitslose: 14%  
 Kinderarmut: 53,1%

**3 CLONARD**

Einwohner: 5006  
 Katholiken: 90,5%  
 Protestanten: 6,5%  
 Arbeitslose: 8,2%  
 Kinderarmut: 53,2%

**4 SHANKILL**

Einwohner: 4212  
 Katholiken: 7,9%  
 Protestanten: 84,5%  
 Arbeitslose: 8,5%  
 Kinderarmut: 58,3%

**5 CARRICK HILL**

Einwohner: 4677  
 Katholiken: 89,2%  
 Protestanten: 7,7%  
 Arbeitslose: 8,3%  
 Kinderarmut: 53,9%

**6 HIGHFIELD**

Einwohner: 1231  
 Katholiken: 9,5%  
 Protestanten: 82,6%  
 Arbeitslose: 5,5%  
 Kinderarmut: 27,2%



**Bittere Jugend:** Cole aus Sandy Row, Tienan aus Clonard, Emma aus Highfield.



**Fehlende Perspektiven:** Endloses Warten in Shankill.



## Bleiben oder gehen

Dreissig Jahre nach dem Mauerfall bestimmen nicht mehr freiheitliche Kräfte den Ton in Ostdeutschland, sondern nationalistische. Doch junge Menschen halten dagegen. Von Markus Bickel, Chemnitz

Auf dem Brühl-Boulevard in Chemnitz ist morgens die Welt noch in Ordnung. Felix Kummer schlendert durch die frisch sanierte Fußgängerzone im Zentrum der sächsischen 250 000-Einwohner-Metropole. Die ersten Läden machen gerade auf, und auch der Frontmann der Band Kraftklub wirkt aufgeräumt. Im Oktober kam sein erstes Soloalbum, «Kiox», auf den Markt. Erhältlich lediglich online oder über den eigens zum Exklusivverkauf hochgezogenen Laden hier um die Ecke.

Dass es sich bei Kummers Plattenladen nur um einen Pop-up-Store handelt, der nach drei Tagen Verkaufsphase wieder schliessen musste, ist kein Zufall: Wie viele junge Menschen

in Chemnitz und anderen Städten Sachsens, Sachsen-Anhalts, Mecklenburg-Vorpommerns, Thüringens oder Brandenburgs macht Kummer sein Bleiben in Ostdeutschland mittlerweile von der Politik abhängig: «Wenn die AfD hier wirklich in die Landesregierung kommt, dann bin ich wahrscheinlich weg von hier», sagte der 30-Jährige kurz vor der Wahl im September. Kummers Sorge ist berechtigt. 27,5 Prozent erzielte die Alternative für Deutschland (AfD) bei der Wahl im Herbst in Sachsen. In Brandenburg, wo ebenfalls ein neuer Landtag gewählt wurde, waren es 23,5 Prozent.

Das zeigt, wie sich die Zeiten in Deutschland geändert haben: Vor dreissig Jahren, im Oktober 1989, waren es Bürger-

**Treffpunkt:** Skater beim Karl-Marx-Monument in Chemnitz.

rechtlerInnen, die in Leipzig, Ostberlin, Greifswald und Jena für Meinungsfreiheit und Demokratie auf die Strasse gingen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von den Protesten in Leipzig in den anderen Landesteilen des 17 Millionen EinwohnerInnen zählenden sozialistischen Teils Deutschlands. Fünf Tage vor dem Mauerfall am 9. November kamen auf dem Berliner Alexanderplatz mehr als eine Million Menschen zusammen.

**Abende im Jugendkeller** | Vor allem protestantische Gemeinden bildeten den Ausgangspunkt des Aufstands gegen das DDR-Regime. Volkmar Zschocke kann sich noch gut an die Abende im Jugendkeller der Sozialdiakonie erinnern, an denen Ende der 1980er-Jahre alle willkommen waren – und kritisches Hinterfragen angesagt war, nicht gedankenleeres Nachplappern der offiziellen Parteiparolen. Der heutige Grünen-Abgeordnete im sächsischen Landtag sitzt auf einer Bank vor seinem Wahlkreisbüro in der schmuck hergerichteten Fussgängerzone Brühl-Boulevard, als der Kraftklub-Frontmann Felix Kummer vorbeigelaufen kommt. Es sei toll, was der auf die Beine stelle, sagt der Politiker – nach ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz im Sommer 2018 etwa das Konzert «Wir sind mehr», bei dem sich MusikerInnen aus ganz Deutschland gegen Neonazis und den Rechtsruck durch die AfD wandten.

Dass schon lange vor dem Mauerfall im November 1989 Neonazis auch in der DDR ihr Unwesen getrieben hätten, werde bei der Betrachtung der Situation in den ostdeutschen Ländern leicht vergessen, sagt Zschocke. Anders als viele Skinheads, die der Staat gewähren liess, geriet er wegen seiner kritischen Haltung früh ins Visier der Staatssicherheit. Gleich fünf inoffizielle Mitarbeitende habe die Stasi auf ihn angesetzt, erfuhr er später aus den Akten der Stasi-Unterlagen-Behörde. Unter anderem, weil er versucht habe, «gezielt und konzeptionell Jugendliche und Jungerwachsene zu einem relativ festen Personenkreis zusammenzuschliessen und kontinuierlich in feindlich-negativem Sinne zu beeinflussen». Wäre der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden nicht wenige Wochen später kollabiert, wäre Zschocke wahrscheinlich im Gefängnis gelandet. Denn erst drei Wochen nach dem Mauerfall stellte die Staatssicherheit die operative Massnahme ein, mit der der damals 20-Jährige Schritt für Schritt überwacht wurde.

Mit Wohlwollen schaut Zschocke deshalb auf die Aktivitäten der jungen Chemnitzer und Chemnitzerinnen. Wie in vielen anderen Städten beteiligen sich hier Woche für Woche

Hunderte an den Fridays-for-Future-Protesten. «Ich finde diese Rebellion sehr gut», sagt der 50-Jährige, der in den letzten Tagen der DDR-Diktatur die Ordnungskräfte auf Trab hielt mit Fahrraddemonstrationen – und ständig mit Verhaftung rechnen musste. «Noch lauter, noch rebellischer» wünscht er sich das Engagement der jungen AktivistInnen heute.

**Amnesty-Leute angepöbelt** | Dass das selbst unter demokratischen Umständen nicht immer leicht ist, macht die Arbeit von Amnesty International in Chemnitz deutlich. Schon seit Jahren würden er und seine MitstreiterInnen an Info-Ständen angepöbelt und die Organisation auf Twitter von AfD-Abgeordneten beleidigt, erzählt Sebastian Lupke, der die Treffen der Ortsgruppe koordiniert. «In einem Bundesland, in dem der politische Feind seit jeher links stand und eine aktive Zivilgesellschaft noch nie gewollt war, werden die Handlungsspielräume kleiner», sagt der 30-Jährige, «auch für eine seriöse Organisation wie Amnesty.»

An einem lauen Abend sitzt Lupke mit Gleichgesinnten im Jugendzentrum Lokomov am Fusse des Sonnenbergs zusammen. Ein venezolanischer Exilant ist zu Gast beim monatlich veranstalteten Menschenrechtsstammtisch, gut ein Dutzend BesucherInnen sind gekommen, um mehr über die Lage in dem lateinamerikanischen Land zu erfahren. 1989 geboren war noch keiner der Teilnehmenden des Stammtischs – allerdings halte es auch kaum jemand länger als für die Zeit des Studiums in Chemnitz, so Lupke.

**Zivilgesellschaft eingeengt** | Nach den Erfolgen der AfD in Sachsen und Brandenburg in Ostdeutschland ist zu befürchten, dass Gelder für Jugend- und Kulturarbeit gezielt gestrichen werden, gerade auf dem Land und im kleinstädtischen Milieu. Die Einengung zivilgesellschaftlicher Räume treibt immer mehr engagierte junge Menschen aus ostdeutschen Städten fort, sei es aus Magdeburg in Sachsen-Anhalt, aus Rostock in Mecklenburg-Vorpommern oder eben aus Chemnitz. Auch Lupke von der Amnesty-Gruppe in der einstigen Karl-Marx-Stadt bekommt das zu spüren. Bis vor den Sommerferien hatte noch ein Schüler die regelmässigen Treffen geleitet. Doch den zog es nach dem Abitur nicht etwa nach Berlin, Köln oder Hamburg wie viele seiner Generation, sondern noch weiter weg: Ein Jahr verbringt er nun in Kolumbien. Natürlich nicht wegen der AfD, sondern um dort einen sozialen Freiwilligendienst zu absolvieren. Seine Rückkehr nach Chemnitz ist dennoch ungewiss.

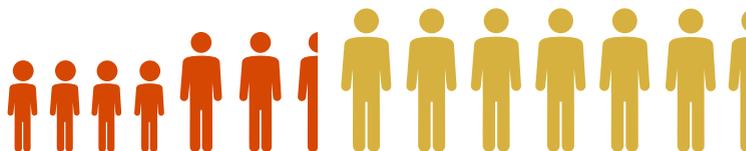
Markus Bickel ist Chefredaktor des Amnesty-Journals in Deutschland.

Kinder und Jugendliche verdienen besonderen Schutz. Leider widerfährt gerade ihnen oft Unrecht, und sie sind von manchen Menschenrechtsverletzungen besonders betroffen. Fünf Fakten zu Missständen, die sich schleunigst ändern sollten. Von Manuela Reimann Graf und Carole Scheidegger

# Was besser werden muss

**ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT** Junge Menschen sind von Armut besonders stark betroffen: Die Hälfte aller Menschen weltweit, die in mehrdimensionaler Armut leben, ist unter 18 Jahre alt. Das entspricht mehr als 600 Millionen Menschen, wie das Entwicklungsprogramm der Uno festhält. Die Folgen davon sind, dass Jugendliche ungenügend ernährt oder schlecht ausgebildet sind. 621 Millionen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren waren 2015 nicht in Ausbildung oder angestellt. Die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen lag vergangenes Jahr gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei 13,1 Prozent – sie ist damit viel höher als bei Erwachsenen.

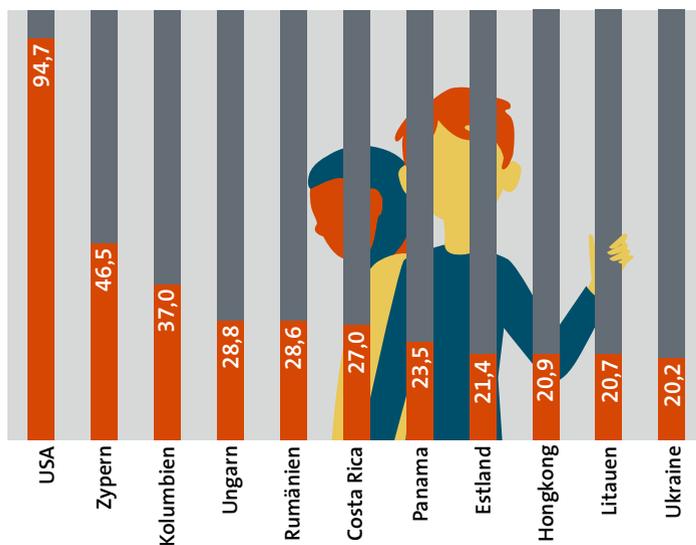
## 1,3 MILLIARDEN MENSCHEN LEBEN IN ARMUT



51 % von ihnen (663 Mio.) sind minderjährig.  
33 % (428 Mio.) sind jünger als 10 Jahre.

Zahlen gemäss dem Index der mehrdimensionalen Armut des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, 2019. Der Index erhebt verschiedene Dimensionen von Armut in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard.

## INHAFTIERUNG VON MINDERJÄHRIGEN (PRO 100 000)

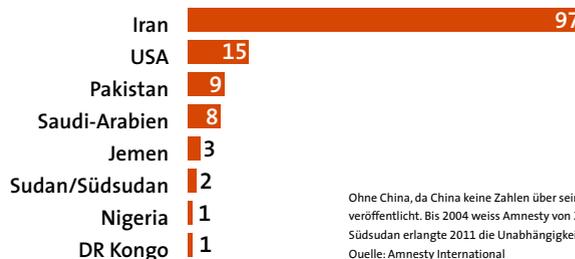


**JUGENDLICHE IN HAFT** Minderjährige dürfen laut der Kinderrechtskonvention nur «als letztes Mittel» in Haft genommen werden. Trotzdem sind gemäss einer Uno-Studie mindestens 1,3 Millionen Kinder und Jugendliche ihrer Freiheit beraubt. Die Haftbedingungen sind oft erbärmlich. Häufig werden Kinder zusammen mit Erwachsenen eingesperrt statt in separaten Einrichtungen für Minderjährige. Viele Jugendliche, die ihrer Freiheit beraubt sind, haben keine Straftat begangen. Sie sitzen zum Beispiel hinter Gittern, weil ein Elternteil verurteilt wurde. Oder es kommt im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten oder Migration zum Freiheitsentzug. Auch in der Schweiz wehrt sich Amnesty International dagegen, dass Kinder und Jugendliche eingesperrt werden, nachdem sie einen negativen Asylentscheid erhalten haben und wegweisen werden sollen. Hierzulande können 15- bis 18-Jährige in solchen Fällen in Administrativhaft genommen werden, und auch unter 15-Jährige sind zusammen mit ihren Familien im Gefängnis.

Inhaftierungen pro 100 000 Jugendliche in der Bevölkerung 2010.  
Quelle: Vincent Schiraldi u.a.: The Future of Youth Justice: A Community-Based Alternative to the Youth Prison Model, 2016

**TODESSTRAFE** Im April dieses Jahres wurden im Iran zwei 17-Jährige im Geheimen ausgepeitscht und danach hingerichtet. In Saudi-Arabien droht drei jungen Schiiten, die als Minderjährige verhaftet wurden, ebenfalls die Hinrichtung. Dabei sind Todesurteile und die Anwendung der Todesstrafe bei Minderjährigen und bei Personen, die zum Tatzeitpunkt minderjährig waren, nach internationalem Recht verboten. Trotzdem wurden gemäss Informationen von Amnesty International seit 1990 145 Minderjährige in 9 Ländern hingerichtet: China, Demokratische Republik Kongo, Iran, Nigeria, Pakistan, Saudi-Arabien, Sudan/Südsudan, USA und Jemen (Stand April 2019). Einige dieser Länder haben ihre Gesetze mittlerweile geändert.

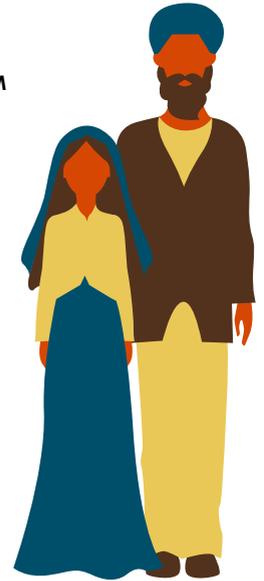
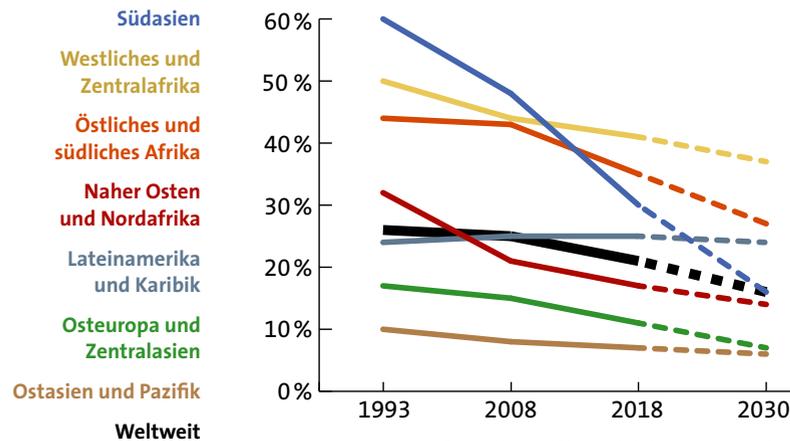
## HINRICHTUNGEN VON MINDERJÄHRIGEN SEIT 1990



Ohne China, da China keine Zahlen über seine Hinrichtungen veröffentlicht. Bis 2004 weiss Amnesty von 2 Hinrichtungen. Südsudan erlangte 2011 die Unabhängigkeit vom Sudan.  
Quelle: Amnesty International

**KINDERHEIRAT** Noch nicht erwachsen – und schon verheiratet: Kinderehen sind in vielen Ländern noch weit verbreitet, so vor allem in Südasien und in Afrika. Fast die Hälfte (45%) aller Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren in Südasien gaben an, vor dem 18. Lebensjahr verheiratet worden zu sein, fast jedes fünfte Mädchen (17%) wurde vor dem 15. Lebensjahr verheiratet. Weltweit waren im Juni 2019 etwa 765 Millionen Menschen von Kinderehen betroffen, rund 650 Millionen Mädchen und junge Frauen und rund 115 Millionen Jungen. Erfreulicherweise geht die Zahl der Kinderehen weltweit zurück. In den letzten zehn Jahren sank die Zahl gemäss Unicef um 15 Prozent.

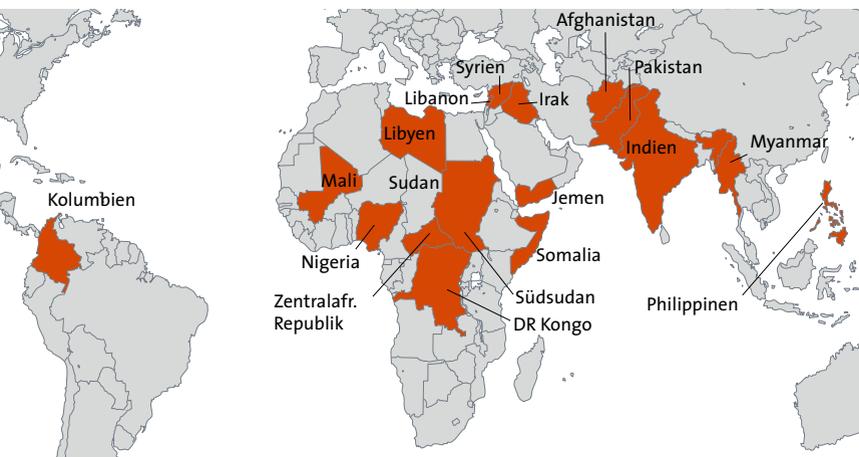
#### ANTEIL DER FRAUEN IM ALTER VON 20 BIS 24 JAHREN, DIE VOR DEM 18. LEBENSJAHR ZUM ERSTEN MAL VERHEIRATET ODER IN EINER PARTNERSCHAFT WAREN, NACH REGIONEN



Quelle: United Nations Childrens Fund, Child Marriage. Latest trends and future prospects, UNICEF, New York, 2018.

Die Unicef prognostiziert einen deutlichen Rückgang der Kinderheiraten bis 2030 – er wird jedoch nicht in allen Regionen gleich deutlich ausfallen.

#### LÄNDER, IN DENEN KINDERSOLDATEN EINGESATZT WERDEN (2017)



Quelle: terres des hommes/Unicef

**KINDERSOLDATEN UND -SOLDATINNEN** Viele Minderjährige werden direkt in Konflikte verwickelt, ja sogar zu «TäterInnen» gemacht, indem man sie als Soldatinnen und Soldaten rekrutiert. Minderjährige werden von den Kombattanten aber nicht nur zum Kämpfen eingesetzt, sondern zum Beispiel auch als Späher, Koch, Trägerin, oder sie werden sexuell missbraucht. Weltweit sind nach Schätzungen von Unicef rund 250 000 Kinder und Jugendliche in bewaffneten Konflikten im Einsatz. Niemand weiss allerdings, wie viele Kindersoldatinnen und Kindersoldaten es weltweit tatsächlich gibt. Die Zwangsrekrutierung und die Beteiligung von Minderjährigen an Kampfhandlungen sind eine Verletzung von Kinderrechten, bei Kindern unter 15 Jahren gelten sie sogar als Kriegsverbrechen. Aber es gibt auch Fortschritte: Rund 65 000 ehemalige KindersoldatInnen konnten in den vergangenen 10 Jahren befreit werden.

### 30 Jahre Kinderrechtskonvention

Ein wichtiges Dokument zum Schutz von Kindern und Jugendlichen feiert dieses Jahr Geburtstag: Vor 30 Jahren, am 20. November 1989, wurde das Übereinkommen über die Rechte des Kindes von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Diese Konvention formuliert erstmals verbindliche Rechte für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren. Sie schützt und anerkennt Minderjährige

als eigenständige Personen mit eigenen Zielen und eigenem Willen. Sie dürfen eine eigene Meinung haben und diese auch äussern. Die 54 Artikel umfassende Konvention hält als erstes Menschenrechtsinstrument überhaupt Beteiligungsrechte für Minderjährige fest. Alle Uno-Staaten mit Ausnahme der USA haben die Konvention ratifiziert; die Schweiz tat dies 1997.

# Wissen ist Leben

Die Jugend Brasiliens verteidigt ihr Recht auf Bildung, das von der Regierung Bolsonaro beschnitten wird.

Von Andrzej Rybak

«**O**i Bolsonaro, oi Bolsonaro, wir wollen dir sagen, die Studenten sind auf der Strasse, um dich aus dem Amt zu jagen», skandieren Hunderte Schüler, Schülerinnen und Studierende auf der Avenida Paulista, der Geschäftsmeile der brasilianischen Metropole São Paulo, vereint im Protest gegen Präsident Jair Bolsonaro. Die jungen Menschen schwenken brasilianische Fahnen und schreien sich die Seele aus dem Leib, angetrieben von ihren mit Lautsprechern ausgestatteten KommilitonInnen. Viele tragen Schwarz, ihre T-Shirts sind Programm: «Ich verteidige die Bildung» steht darauf, «Ich kämpfe für Brasilien» oder «Bücher ja, Waffen nein».

Bei der Kundgebung am 7. September, dem brasilianischen Unabhängigkeitstag, marschiert in der ersten Reihe die 16-jährige Taina Mauta mit, Schülerin am Gymnasium Francisco Pereira. Zum fünften Mal ist sie schon dabei – und sie will auf jeden Fall weitermachen. «Bolsonaro raubt uns unsere Zukunft», schimpft die junge Frau, die sich Grün und Gelb, die Farben der brasilianischen Flagge, ins Gesicht geschmiert hat. «Er zerstört das öffentliche Bildungssystem, er zerstört den Amazonasurwald, er zerstört unser ganzes Land.»

**Breite Unterstützung** | Seit März 2019 sind in Brasilien Millionen von Schülerinnen, Studenten und Professorinnen auf die Strasse gegangen, um gegen die Kürzung des Bildungsetats und die Privatisierung der staatlichen Universitäten durch die Regierung zu protestieren – allein im August demonstrierten mehr als anderthalb Millionen Menschen in 220 brasilianischen Städten, organisiert von der Studentenunion UNE und der Union der SekundarschülerInnen Ubes.

«Wir können die Zerstörung der öffentlichen Bildung und der demokratischen Institutionen nicht hinnehmen», schimpft der 18-jährige Pedro Gorki, Ubes-Präsident aus dem Bundesstaat Rio Grande do Norte. «Wir sind gegen den Kahlschlag am Amazonas und gegen den totalen Abbau des Sozialstaats.» Die Agenda der Studierenden deckt sich zum

Teil mit Forderungen der sozialen Bewegungen, die sich den Protesten angeschlossen haben. Für Bolsonaro ist das Grund genug, die Studierenden als «nützliche Idioten und Schwachköpfe» zu bezeichnen, die sich vor den Karren der linken Opposition spannen lassen.

Doch auch Professoren, Architektinnen und Beschäftigte in der Pflege unterstützen die Studierenden. Die Krankenschwester Glauzia Cabrino sagt: «Diese Regierung wirft Brasilien zurück, sie ist eine nationale Tragödie. Welche Zukunft hat mein Land, wenn Bolsonaro Bildung und Forschung zerstört?» Tatsächlich haben bereits viele gut gebildete Brasilianer und Brasilianerinnen das Land verlassen, um ihre Chancen im Ausland zu suchen.

**«Schwachsinn Philosophie»** | Alles begann im März dieses Jahres, als Bildungsminister Abraham Weintraub ankündigte, die Ausgaben für Stipendien, Forschung und Betriebskosten im Hochschuletat um 30 Prozent zu kürzen, um umgerechnet rund 1,8 Milliarden Franken einzusparen. Das restliche Geld solle auch nicht für irgendeinen «Schwachsinn» wie Philosophie oder Soziologie ausgegeben werden, sagte der Präsident, sondern für Bereiche, die «unmittelbare Erträge für den Steuerzahler» bringen, wie Veterinärwissenschaften, Ingenieurwesen oder Medizin.

Zudem legte die Regierung ein Programm auf, um private Investitionen in die Hochschulen anzuregen. Im Gegenzug soll die Wirtschaft mehr Einfluss auf die Hochschulen erhalten. Die Studierenden üben daran heftige Kritik. «Brasilien braucht nicht ein paar Eliteuniversitäten für Reiche, sondern höhere Schulbildung für breite Bevölkerungsschichten», schimpft Iago Montalvão, Wirtschaftsstudent an der Universität von São Paulo. «Was den Anteil von Menschen mit Hochschulbildung betrifft, gehört Brasilien zu den Schlusslichtern in Lateinamerika.» Der 26-Jährige wurde im Juni zum Präsidenten der UNE gewählt. «Das Programm zerstört das föderale Hochschulsystem», klagt er. «Wir werden die Privatisierung der öffentlichen Universitäten nicht akzeptieren! Die meisten Rektoren stehen an unserer Seite.»

**Diskriminierende Politik** | Die Massnahme schadet insbesondere den Angehörigen indigener Gruppen, den Nachkommen schwarzer Sklaven und Sklavinnen und den Jugendlichen aus armen Familien, die bisher aufgrund guter Leistungen ein Stipendium für das Hochschulstudium bekommen. Wie Sandra Benites, eine junge Guarani-Frau aus dem Bundesstaat Mato Grosso do Sul. «Ich habe ein Stipendium aus dem Topf zur Förderung indigener Studierender bekommen», sagt die Soziologiestudentin. «Jetzt hat Bolsonaro mein Stipendium auf die Hälfte reduziert, und im kommen-

Andrzej Rybak ist freier Journalist mit Schwerpunkt Lateinamerika und Entwicklungsländer.



Proteste gegen Kürzungen im Bildungsbudget: Demonstrierende im September in São Paulo.

den Jahr wird es wohl ganz gestrichen.» Für Benites, deren Eltern auf dem Land leben und kein Geld haben, wäre das eine persönliche Tragödie und das Aus ihrer Hochschulträume. Bitter stellt sie fest: «Bolsonaro ist das Schicksal von Indios, Schwarzen und Armen völlig egal. Sie sind vielmehr ein störender Faktor in seiner Politik.»

Nach den ersten Protesten erklärte die Regierung noch, die Kürzungen würden auf die Hochschulbildung beschränkt bleiben. Doch nur wenige Wochen später stellte sich heraus, dass auch die Finanzierung von Gymnasien, Grundschulen und Kindertagesstätten von Sparmassnahmen betroffen ist. Das Bildungs- und Kulturministerium räumte ein, die Mittel für den Bau von Kindertagesstätten würden in diesem Jahr um 85 Prozent reduziert. Auch die meisten staatlichen Programme zur Beseitigung des Analphabetismus wurden zusammengestrichen. Dabei können laut offiziellen Angaben fast acht Prozent der Brasilianer und Brasilianerinnen über 15 Jahre weder schreiben noch lesen. Jede fünfte Person kann kaum rechnen und ist nicht in der Lage, längere Texte zu verstehen.

Die Regierung stoppte fast alle Investitionen in den Ausbau der schulischen Infrastruktur, vor allem in den armen Regionen des Landes. Dabei sind die Schulen dort völlig überlastet, der Betrieb läuft in drei Schichten von 7 Uhr mor-

## «Es ist Schwachsinn, das Geld für Bildung zu kürzen.»

gens bis 22 Uhr nachts. Nur knapp die Hälfte der brasilianischen Grundschulen hat Zugang zum Internet, nur 42 Prozent verfügen über einen Sportplatz und lediglich 11 Prozent über einen Laborraum. An jeder 20. Schule gibt es keine Toiletten. Die Situation an den Gymnasien ist nicht viel besser.

Bildung war in Brasilien schon immer unterfinanziert. Doch nun ist die Lage dramatisch. Im Sommer musste die Bundesuniversität von Mato Grosso (UFMT) an fünf Standorten den Betrieb einstellen, weil sie ihre Stromrechnung nicht bezahlen konnte. Demnächst könnte auch die Universität von Paraná schliessen. «Bolsonaro sucht weder mit Studenten noch mit Rektoren den Dialog», sagt Iago Monsalvão von UNE. «Er kennt nur Gewalt und will seine Kritiker zerstören.»

Für die Schülerin Taina Mauta gibt es keinen Zweifel: «Wissen ist Leben – es gibt keine Zukunft mit Bolsonaro», sagt sie. Gemeinsam mit ihren KommilitonInnen trägt sie ein Transparent: «Es ist Schwachsinn, das Geld für Bildung zu kürzen.»

# «Wir haben so viel Energie»

Hier wie dort aktiv: Drei junge Menschen aus der Schweiz, Deutschland und Österreich erzählen, was sie bewegt und wofür sie sich engagieren.

## «Ich mag Schubladisierungen nicht»

Ich war schon immer an allem interessiert, was auf der Welt passiert, und versuche, mir eine eigene Meinung zu bilden. Mein Interesse am Weltgeschehen führte mich schliesslich zum Amnesty-Magazin, das ich regelmässig lese. Schliesslich hatte ich das Bedürfnis, selber aktiv zu werden, und trat Amnesty Youth bei.

Seit einiger Zeit interessiert mich auch das Thema Klimawandel. So versuche ich, umwelt- und klimagerechter zu leben. Früher flog ich noch oft, doch jetzt nicht mehr. Als Kleinkinderzieher machte ich die bemerkenswerte Erfahrung, dass schon fünfjährige Knirpse es schlecht finden, wenn man fliegt. Dass den Kleinen schon so bewusst ist, wie klimaschädlich das Verhalten von uns Erwachsenen ist, hat mich sehr beeindruckt.

Bei mir bestärkt dies mein Engagement für die Menschenrechte, denn ich sehe, wie sich der Klimawandel auf die Menschenrechte auswirkt und noch mehr Armut, Konflikte und Flüchtlinge verursacht. Es macht mir schon Angst, wenn sich Europa immer weiter abschottet, bis irgendwann an allen Grenzen Europas Mauern sind und Leute mit Gewehren, die dann auch schiessen...

Bestimmt hat auch mein Beruf Einfluss auf meine Haltung. In der Ausbildung lehrte man uns pädagogische Grundsätze, wonach jeder Mensch im Grunde okay ist. Wie man Kindern vermittelt, gerecht und gewaltfrei miteinander umzugehen. Aber dann, wenn ich die Tagesschule verlasse, sehe ich, wie wir Erwachsenen einander behandeln, wie viel Gier und Egoismus herrschen. Dieser Kontrast treibt mich an: Ich will mich dafür engagieren, dass die Welt eine andere ist, wenn «meine Kinder» einmal erwachsen sind.



Toleranz ist mir sehr wichtig. Ich bin bis zum 13. Lebensjahr in einer ländlichen Region aufgewachsen. Dort denken viele Menschen politisch ganz anders als ich, aber ich versuche zu verstehen, wie sie zu ihren Haltungen gekommen sind. Ich war in der Grundschule der einzige Ausländer in der Klasse, erlebte aber nie Diskriminierung.

Ich mag Schubladisierungen sowieso nicht. Darum würde ich mich auch nie als Linken betiteln. Wenn ich mich in eine linke Schublade stecken liesse, würde mich dies von anderen Menschen, die nicht in derselben Schublade stecken, abgrenzen. Das verhindert Dialog, fördert Intoleranz. Ich möchte aber mit allen Menschen sprechen können.

Wichtig ist, dass man etwas tut. Ich finde es toll, dass unsere Generation mit den Klimastreiks so aktiv ist – statt nur zu motzen. Wir jungen Menschen haben so viel Energie. Ein grosses Potenzial!

Roberto Petrillo (21) lebt in Thun. Er leitet die Amnesty-Youth-Gruppe Bern. Nach seiner Ausbildung zum Kleinkinderzieher arbeitet er nun in einer Tagesschule.

Protokoll: Manuela Reimann Graf

## «Bewusstsein schaffen»

Menschenrechte bedeuten für mich, sich auf Augenhöhe zu begegnen. Ein solidarisches Miteinander. LGBTIQ\*-Bewegungen sind dafür ein schönes Beispiel: Weltweit finden sich Menschen, die für ihre Rechte auf die Strasse gehen und dafür kämpfen. Diese Energie geht global. Vor einiger Zeit traf ich Sakris Kupila, Aktivist für LGBTIQ\*-Rechte aus Finnland. Die humorvolle und differenzierte Sicht auf seine Arbeit fand ich enorm inspirierend.

Menschenrechte sollen universal gelten, also müssen sie auch für die Menschen und deren unterschiedliche Lebensrealitäten Sinn machen. Kategorien wie sozioökonomisches Kapital, Gender, sexuelle Orientierung, Alter oder Gesundheit spielen dabei eine grosse Rolle. Dafür versuche ich



Illustrationen: André Gottschalk

Bewusstsein zu schaffen. Dieses Bewusstsein kann entstehen, wenn wir miteinander reden. Das Sichtbarmachen verschiedener Lebenswelten regt zum Nachdenken an und bewegt.

Natürlich gibt es dann auch Unterhaltungen, wo mensch Uneinigkeiten spürt. Das ist auch gut so. Gespräche müssen nicht immer reibungslos verlaufen, um produktiv zu sein. An Tagen, wo mir das Aushalten anderer Meinungen schwerfällt, lasse ich mich dann eben gerne von der Nestwärme meiner eigenen Bubble bestärken.

Dabei spielen Peer-Groups eine grosse Rolle. Bezogen auf junge Menschen heisst es oft, dass diese besonders viel Energie und einen flexiblen Lebensrhythmus hätten. Aber auch wir sind oft müde. Müssen Studium, Nebenjob, Ehrenamt und Privates jonglieren. Burnout, sogenannte Compassion Fatigue, ist etwas ganz Reales im Aktivismus und im Ehrenamt. Self-Care, auf sich selbst achtzugeben, ist dabei extrem wichtig! Menschenrechtsarbeit gibt mir die Möglichkeit, vor allem im Austausch mit KollegInnen aller Altersgruppen, neue Strategien zu lernen.

Anna Monsberger (23) studiert Jus und Kulturwissenschaften und engagiert sich bei der Amnesty-Youth-Gruppe in Graz. 2019 gestaltete sie die Amnesty-Präsenz auf der EuroPride in Wien mit.

Text: Anna Monsberger

## «Ich habe gemerkt, wie schnell man zum Feindbild wird»

So etwas wie einen politischen Moment hatte ich zum ersten Mal mit 14 auf einer Demo in Crimmitschau in Sachsen. Meine ältere Schwester hatte mich dorthin mitgenommen. Wir waren nur eine Handvoll Leute und standen einer viel grösseren Gruppe rechter Pegida-Anhänger gegenüber. Ich wurde von ihnen gefilmt und beschimpft. Diese wütenden feindlichen Gesichter haben mich total erschreckt. Es hat mich beschäftigt, dass so viele Menschen aus Hass demonstrieren. Deswegen fing ich an, mich umzuschauen, was ich dagegen tun kann.

Ich habe zum Beispiel beim «Viva la Cultura»-Festival in Zwickau einen Stand von einem Jugendclub mitbetreut und bin auf die Demos von «Zwickau zeigt Herz» gegangen. Gern hätte ich noch etwas Eigenes organisiert oder hätte öffentlich Stellung bezogen. Aber davor hatte ich damals noch Angst, weil ich gemerkt habe, wie schnell man für manche zum Feindbild wird. Auf meiner Dorfschule und in der Nachbarschaft haben die Leute viel geredet – Neuem gegenüber war man oft misstrauisch. Heute höre ich hier im Dorf auch schnell rassistische Sätze gegenüber Menschen, die nicht weiss sind: «Wir müssen auf unsere Töchter aufpassen», heisst es dann. Dass das hier so alltäglich geworden ist, macht mir Angst.

Als ich vor zwei Jahren für mein Fachabitur nach Plauen gezogen bin, besuchte ich politische Vorlesungen und Veranstaltungen. Ich lernte dabei Leute kennen, die auch Lust hat-

ten, sich gegen rechts zu engagieren. So kam ich zu #wannwennnichtjetzt. Die Initiative will die Zivilgesellschaft bei Marktplatztouren durch ostdeutsche Kleinstädte vor den Landtagswahlen zusammenbringen und einen Austausch schaffen über politische und soziale Themen. Gemeinsam engagieren wir uns gegen die menschenverachtende und rassistische Politik der AfD und setzen ein Zeichen gegen Rassismus. Als die Frage im Raum stand, wer unser Gesicht in der Öffentlichkeit sein könnte, habe ich mir einen Ruck gegeben und ja gesagt. Seitdem bin ich Pressesprecherin. Bei der Marktplatztour in Plauen habe ich mich total gefreut, ein anderes Bild von der Stadt zu sehen, eines von Gemeinschaft und Offenheit. Wir sind hier in Plauen oft nur wenige Engagierte – durch die Veranstaltung sind wir zusammengewachsen.

Lena Kittler (18) organisiert für das Bündnis #wannwennnichtjetzt Kulturveranstaltungen und Diskussionen und engagiert sich für eine offene Gesellschaft in Plauen. Nach ihrem Abitur will sie in Sachsen bleiben und ein freiwilliges Jahr in ihrer Heimatstadt Zwickau absolvieren. Protokoll: Felix Wellisch





© AI

# FREIHEIT IST DER WERT, DER BLEIBT

Was Ihnen heute wichtig ist, soll morgen nicht vergessen werden.

Mit einem Legat oder einer Erbschaft setzen Sie ein Zeichen der Hoffnung für all jene Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.

Gerne berate ich Sie persönlich, vertraulich und kostenfrei. Sie erreichen mich unter 031 307 22 69 oder per E-Mail an [cvongunten@amnesty.ch](mailto:cvongunten@amnesty.ch).

Oder bestellen Sie mit dem Talon unseren neuen Nachlassratgeber. Senden Sie den Talon in einem Couvert per Post an:  
**Amnesty International, Legate & Erbschaften**  
Speichergasse 33, Postfach, 3001 Bern

Unter [amnesty.ch/legate](https://www.amnesty.ch/legate) können Sie den Testamentsratgeber auch als PDF herunterladen.

Ihre Chantal von Gunten Graf



Bitte senden Sie mir den kostenlosen Ratgeber «In die Menschenrechte investieren».

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Heute in die Menschenrechte zu investieren, heisst, für eine gerechtere Welt in der Zukunft zu sorgen.**



**AMNESTY INTERNATIONAL** Schweizer Sektion  
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern  
T: +41 31 307 22 22 . [contact@amnesty.ch](mailto:contact@amnesty.ch)  
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8  
[www.amnesty.ch](https://www.amnesty.ch)

# Den Blick weiten

Das Human Rights Film Festival Zurich feiert den fünften Geburtstag. Direktorin Sascha Lara Bleuler erzählt, was sich bei diesem Filmfestival für die Menschenrechte verändert hat und wie sie die Filme auswählt. Interview: Carole Scheidegger



Sascha Lara Bleuler.

## ► AMNESTY: Was haben Film und Menschenrechte miteinander zu tun?

◀ **Sascha Lara Bleuler:** Das Kino hat sich schon immer mit gesellschaftlichen Realitäten beschäftigt. Es kann uns anders erreichen als andere Medien: Ein Film kann uns unmittelbar berühren und uns eine Krise oder ein Problem auch emotional verstehen lassen.

## ► Wie hat sich das Festival in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

◀ Wir konnten uns beim Publikum verankern und sind gewachsen. Seit 2018 dauert das Festival sechs Tage und wir

präsentieren über 20 Filme, dazu kommen verschiedene Schulvorstellungen. Zu den Gesprächen nach den Filmen laden wir heute mehr Filmschaffende und Expertinnen und Experten ein. Die Filmemacher sind häufig auch Aktivisten für ihr Thema, sie sind mit Herzblut dabei und begeben sich für die Dreharbeiten nicht selten in Gefahr.

## ► Wie wählen Sie die Filme aus?

◀ Ich schaue mir etwa 200 Filme an, bis das Programm steht. Grundsätzlich urteile ich dabei nach der filmischen Qualität. Ab und zu gibt es einen Film zu einem so wichtigen Thema, dass wir ihn zeigen wollen, selbst wenn er kleine formale Schwächen hat. Aber ich würde nie einen schlechten Film zeigen, nur weil er thematisch gerade passt. Vergangenes Jahr konnten wir zum Beispiel keinen überzeugenden Film zur Seenotrettung finden. Dieses Jahr haben wir glücklicherweise «Volunteer» im Programm. Das Angebot offenbart manchmal auch gewisse Leerstellen: In den letzten Jahren kamen wenige kritische Filme aus Russland oder der Türkei. Das zeigt, dass in diesen Ländern die künstlerische Freiheit eingeschränkt ist.

## ► Menschenrechtsfilme sind oft belastend. Achten Sie darauf, dass Sie nicht nur traurige Filme zeigen?

◀ Ja, es soll auch leichte Momente geben. Ich versuche zudem, allzu moralisierende und pädagogische Filme zu vermeiden. Auch traurige Filme können Hoffnung machen oder lebensbejahend sein. Dieses Jahr ist «Midnight Traveler» ein solcher Film. Er handelt von der Flucht einer afghanischen Familie. Dank dem Humor und dem Zusammenhalt der Familie ist der Film neben allen gezeigten Widrigkeiten auch sehr berührend und optimistisch.

## ► Hat die Arbeit beim Festival Ihre Sicht auf die Welt verändert?

◀ Ich habe viel über gewisse Themen und Regionen gelernt. Dieses Jahr zum Beispiel mit «Temblores» darüber, wie verbreitet die «Umerziehung» von Homosexuellen in Südamerika ist. Diese Arbeit hat meinen Blickwinkel geweitet und mich offener gemacht für die Probleme anderer Leute.

## «Volunteer»

In Zusammenarbeit mit Amnesty International wird am 9. Dezember um 18.30 Uhr «Volunteer» gezeigt, ein Dokumentarfilm über freiwillige Schweizer HelferInnen in Griechenland. Auch eine langjährige Amnesty-Aktivistin ist porträtiert. Im Anschluss an die Vorstellung vom 9. Dezember widmet sich um 20.15 Uhr ein Podiumsgespräch in der Reihe «Kosmopolitics» der Frage, ob Solidarität bestraft werden darf. Am Gespräch nimmt u.a. Amnesty-Expertin Lisa Salza teil.



Das Human Rights Film Festival Zurich findet vom 5. bis zum 10. Dezember 2019 im Kino Kosmos in Zürich statt.

Programmübersicht:  
[www.humanrightsfilmfestival.ch](http://www.humanrightsfilmfestival.ch)



Der aufmüpfige Häftling entdeckt durch ein Loch im Fenster die Aussenwelt.



## Eine Jugend in Guantánamo

Im Alter von 14 Jahren wurde Mohammed el Gharani unschuldig in Guantánamo inhaftiert. Nun ist seine Geschichte als Graphic Novel erschienen. Von Hannah El-Hitami

Nach den Verhören, wenn er in die Zelle zurückgebracht wurde, versuchte Mohammed el Gharani zu lächeln. «Die schlimmen Wärter waren zufrieden, wenn sie uns krank und traurig sahen», erinnert er sich an seine Zeit in Guantánamo. «Ich wollte ihnen diese Freude nicht machen.» So steht es in der Graphic Novel «Guantanamo Kid» des französischen Journalisten Jérôme Tubiana und des Zeichners Alexandre Franc. Darin erzählen sie die Geschichte eines Guantánamo-Insassen, der unter den unmenschlichsten Bedingungen seine Würde bewahrt und überlebt, indem er sich auflehnt.

«Mohammed sprach lieber über die Momente, als er Siege gegen das System errang, als über die Momente des Leids», sagt Tubiana, der Gharanis Geschichte schon 2011 aufgeschrieben hatte. Gharani war siebeneinhalb Jahre lang unschuldig im berüchtigten US-amerikanischen Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba eingesperrt. Dennoch wird er auf 150 Seiten Comic nicht als Opfer, sondern als rebellischer Vorkämpfer des alltäglichen Widerstands im Lager dargestellt. Und das trotz seinem Alter: Gharani war erst

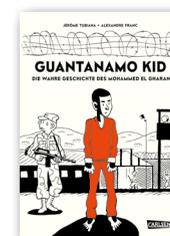
14, als er 2002 nach Guantánamo Bay gebracht wurde.

Die Graphic Novel startet in der saudi-arabischen Pilgerstadt Medina, wo der Sohn einer aus dem Tschad eingewanderten Familie als Strassenverkäufer arbeitet. 2001 geht der 14-Jährige nach Pakistan, wo er Englisch und Informatik lernen will. Nach den Anschlägen des 11. September wird Gharani beim Verlassen einer Moschee von der pakistanischen Polizei festgenommen und den US-Behörden übergeben. Sie werfen ihm vor, Mitglied einer al-Qaida-Zelle in London gewesen zu sein. Er wird nach Guantánamo gebracht und als «feindlicher Kämpfer» festgehalten. Als alleiniger Beweis für seine Schuld gelten die widersprüchlichen Statements zweier Mitgefangener.

Während seiner gesamten Haft ist Gharani ein Stachel im Fleisch des Gefängnisystems. Er treibt die Wärter mit einer jugendlichen Aufmüpfigkeit vor sich her, die diesen Bericht aus einem der härtesten Gefängnisse der Welt fast wie die Coming-of-Age-Geschichte eines rebellischen Teenagers wirken lässt. Auch ästhetisch erinnert die Graphic Novel an ein Abenteuer-Comibuch für ein

junges Publikum. Mit schwarz-weiß gehaltenen, klaren Linien karikiert der Zeichner Alexandre Franc die Charaktere des Gefängnis Kosmos.

Im Epilog von «Guantánamo Kid» berichtet Tubiana von seinem Treffen mit Gharani 2017, nach acht Jahren Freiheit. Als tschadischer Staatsbürger durfte er nach seiner Freilassung nicht zu seiner Familie nach Medina zurückkehren, sondern wurde in den Tschad gebracht. Er wurde seitdem immer wieder grundlos inhaftiert und darf das Land nicht verlassen. Das Stigma und das Trauma von Guantánamo verfolgen den ehemaligen Insassen, sagt Tubiana im Telefongespräch. Er wisse jedoch, dass Gharani sich immer wieder auffaffen werde. «Er verliert nie die Hoffnung und hat immer einen Plan B.» |



Jérôme Tubiana und Alexandre Franc  
Guantanamo Kid  
Carlsen, Hamburg 2019,  
176 Seiten

# MEHR FLUCH ALS SEGEN



© André Gottschalk

**Charles Nguela** ist seit acht Jahren Stand-up-Comedian. Der 30-Jährige ist im Kongo geboren.

**F**ür uns Comedians sind Social Media sehr wichtig geworden, können wir doch damit günstig Werbung in eigener Sache betreiben und schnell viele Menschen erreichen. Dazu braucht man nicht viel mehr als ein gutes Handy, eine gute Kamera und einen Computer.

Auf solchen Geräten steht oft «Made in...». Aber woher stammen die Bestandteile? Woraus besteht die Batterie? In den Lithium-Ionen-Akkus aller Mobilgeräte und Kameras, aber auch in Fernsehgeräten, in Elektroautos und sogar in Tomahawk-Lenkraketen findet sich Kobalt. Der weltweit grösste Lieferant dieses unersetzlichen Metalls ist die Demokratische Republik Kongo. Zwar gewinnen auch Kanada und die USA Kobalt aus dem Boden – aber der grösste Teil der stetig wachsenden Nachfrage wird durch Afrika gedeckt.

Wer sein Smartphone in die Hand nimmt, denkt zumeist nicht daran, dass ein Teil des darin enthaltenen Kobalts von Kindern in der Dunkelheit selbst gegrabener Minentunnel mit primitivsten Werkzeugen geschürft wird. Hersteller wie Apple, Samsung und HTC stehen vor einer grossen Herausforderung. Aber auch wir. Denn wir sind alle für die Nachfrage und somit auch für das Angebot verantwortlich.

Bodenschätze wie Kobalt sind für mein Herkunftsland mehr Fluch als Segen. Denn sie sind die Hauptursache für die Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo. Es ist mir wichtig, hier in Europa mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein zu schaffen für die Menschenrechtsverletzungen, die wegen unserer elektronischen Geräte entstehen. Denn ich fühle mich schlecht, wenn ich daran denke, dass es auf der Welt Kinder gibt, die wegen meines Computers und meines Handys in solchen Minen arbeiten müssen.

Mein Vater hat mir einmal gesagt: «Auf der Welt gibt es immer das Gute und das Böse. Das werden wir nie ändern können. Aber wir Menschen haben die Macht, eine Messlatte zwischen Gut und Böse zu stellen. Man fühlt sich immer klein und denkt, man könne nichts bewirken. Ein Tropfen auf einen heissen Stein ist nur ein Tropfen, aber wenn man das lange genug macht, wird der Stein früher oder später abkühlen.» |

**WIR SIND ALLE FÜR DIE NACHFRAGE  
UND SOMIT FÜR DAS ANGEBOT  
VERANTWORTLICH.**

# AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,  
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

## SCHENKEN UND GUTES TUN



### ESPRESSOTASSEN

Aus weiss emailliertem Steingut,  
Rand und Amnesty-Kerze in  
Schwarz. Höhe 7,5 cm,  
Inhalt 10 cl. 3er-Schachtel.

Art. 2300.046 / Fr. 30.–



### WASSERKARAFFE

Edle Amnesty-Karaffe  
aus Recyclingglas, 0,7l.

Art. 2300.033 / Fr. 30.–

### TASCHENAGENDA 2020

Der Klassiker.  
Format A6 (14,5 x 9,4 cm), eine  
Woche pro Doppelseite, broschiert  
und fadengeheftet. Deutsch.

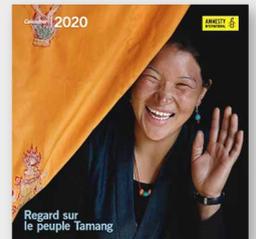
Art. 2430.107 / Fr. 10.–



### WANDKALENDER 2020 «REGARD SUR LE PEUPLE TAMANG»

30 x 30 cm. Ein Monat pro Seite,  
farbig, mehrsprachig (französisch  
und englisch).

Art. 2430.109 / Fr. 20.–



### STRICKMÜTZE SCHWARZ MIT LOGO

Warme, weiche Qualität  
aus 50% Wolle und 50%  
Acryl. Logo aufgestickt.

Swiss made. Einheitsgrösse.

Art. 2200.077 / Fr. 20.–



### KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der Klassiker des Schweizer  
Designs in den Farben von  
Amnesty International. Lange

Lebensdauer, zeitlos, nachfüllbar. In der  
Schweiz hergestellt.

Einzeln, gelb mit schwarzem Logo, blaue Tinte.

Art. 2420.023 / Fr. 25.–

### TASCHENMESSER VICTORINOX

#### Huntsman Lite

Mit 21 Funktionen

Art. 2200.085.H / Fr. 63.–



#### Sportsman

Mit 13 Funktionen

Art. 2300.037.S / Fr. 19.–

Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm),  
weisses Logo.

Art. 2420.020 / Fr. 40.–



### HANDTASCHE

In der Schweiz aus alten,  
aber ungebrauchten Post-  
säcken hergestellt.

- Höhe: 40 cm
- Breite: 34 cm
- Tiefe: 14 cm

Art. 2200.083.H / Fr. 120.–

**WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE  
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP  
SHOP.AMNESTY.CH**

## FARBIGE KERZEN

Diese Kerzen sind auf Anfrage auch in 12er-Schachteln erhältlich.

### gelb, orange, rot

Paraffin, Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.030 / Fr. 24.–



### aubergine, himbeer, crème

Paraffin, Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.037 / Fr. 24.–

### eisblau, apfelgrün, taubenblau

Paraffin, Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.042 / Fr. 24.–



## ADVENTSKERZEN

Im 4er-Set, etwas grösser (14 x 6 cm), rot.

Art. 2700.040 / Fr. 36.–



## BIENENWACHSKERZEN

Karton mit 2 Kerzen

Art. 2700.022 / Fr. 28.–

Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Webshopartikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf [shop.amnesty.ch](http://shop.amnesty.ch)

## ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: \_\_\_\_\_ Strasse: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Mitgliedernummer / Kundennummer (wenn bekannt): \_\_\_\_\_



# SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

## AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf [www.amnesty.ch/mitmachen](http://www.amnesty.ch/mitmachen).

## MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

**BESTELLEN SIE KOSTENLOS  
DEN E-NEWSLETTER AUF  
[WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER](http://WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER)**

## BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen.  
Mehr Infos: [www.amnestyyouth.ch](http://www.amnestyyouth.ch)

## ONLINE

Unter [www.amnesty.ch/action](http://www.amnesty.ch/action) finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



**AMNESTY INTERNATIONAL** Schweizer Sektion  
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern  
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33  
[contact@amnesty.ch](mailto:contact@amnesty.ch) . [www.amnesty.ch](http://www.amnesty.ch)  
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8